

Dels'er Kreisblatt.

Erscheint jeden Freitag.
Pränumerationspreis viertel-
jährlich 60 Pf., durch die
Post bezogen 75 Pf.



Inserate werden bis Donnerst-
tag Mittag in der Expedition
angenommen und kostet die ge-
wöhnliche Zeile 10 Pf.

Redakteur: Königl. Kreissekretair Raabe.
Druck und Verlag von A. Ludwig in Dels.

Nr. 27.

Dels, den 30. Juni 1882.

20. Jahrg.

Ä m t l i c h e r T h e i l.

A. Bekanntmachungen des Königl. Landraths-Amtes.

Nr. 226.

Dels, den 20. Juni 1882.

Aufkündigung der ausgelooften Kreis- Obligationen des Kreises Dels.

Bei der heut im Beisein der Kreis-Commission und
eines Notars stattgefundenen Verloosung der auf Grund
der Allerhöchsten Privilegien vom 30. October 1865
und 27. November 1873 ausgefertigten und am
2. Januar 1883 einzulösenden Kreis-Obligationen des
Kreises Dels sind nachstehende Nummern gezogen
worden und zwar:

a) von den unterm 2. Januar 1866 ausgefertigten
Kreis-Obligationen:

Litt. A. à 1500 Mark

Nr. 7.

Litt. B. à 600 Mark

Nr. 28.

Litt. C. à 300 Mark

Nr. 8, 18, 24, 57, 90, 149 187 und 350.

Litt. D. à 150 Mark

Nr. 102, 132, 183 und 185.

Litt. E. à 75 Mark

Nr. 114.

b) von den unterm 22. Januar 1874 ausgefertigten
Kreis-Obligationen:

Litt. B. à 600 Mark

Nr. 21.

Litt. C. à 300 Mark

Nr. 33 und 119.

Litt. E. à 75 Mark

Nr. 12 und 30.

Die Besitzer dieser zum 2. Januar 1883 hierdurch
gekündigten Obligationen werden daher aufgefordert,
den Nennwerth gegen Rückgabe der Obligationen nebst
den zu den vorstehend sub a. gedachten Obligationen
gehörigen Zinscoupons Ser. IV. Nr. 5—10 nebst
Talons und den zu den sub b. bezeichneten Obligationen
gehörigen Talons und Zinscoupons Ser. II. Nr. 9 u. 10
vom 2. Januar 1883 ab bei der hiesigen Kreis-Com-
munalkasse in Empfang zu nehmen.

Eine weitere Verzinsung der ausgelooften Obliga-
tionen findet von dem letztgedachten Tage ab
nicht statt, und wird der Werth der etwa nicht zurück-

gelieferten Coupons von den Kapitalien in Abzug ge-
bracht.

Gleichzeitig werden die Inhaber der bis jetzt noch
nicht realisirten, unterm 24. Juni 1879 ausgelooften
Kreis-Obligation II. Emission Litt. C. Nr. 121 über
300 M. und der unterm 28. Juni 1881 ausgelooften
Kreis-Obligationen I. Emission Litt. C. Nr. 97 über
300 M. und Litt. C. Nr. 184 über 300 M. hier-
durch aufgefordert, zur Vermeidung weiterer Zins-
verluste die Valuta baldigst zu erheben.

Nr. 227.

Berlin, den 6. März 1882.

Bekanntmachung, den Remonte-Ankauf pro 1882 betreffend.

Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei
und vier Jahren, sowie zu Artillerie-Stangenpferden ge-
eigneten 5jährigen Pferden sind im Bereiche der
Königlichen Regierung zu Breslau für dieses Jahr
nachstehende, Morgens 8 Uhr beginnende Märkte an-
beraumt worden, und zwar:

am 25. August in Poln.-Wartenberg,

" 31. " " Brieg,

" 1. September " Trebnitz,

" 6. " " Striegau,

" 8. " " Neumarkt.

Die von der Remonte-Ankaufs-Commission er-
kauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und
sodort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den
Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom
Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der
Unkosten zurückzunehmen; auch sind Krippenseker vom
Ankauf ausgeschlossen und wird es sich empfehlen,
hierauf besonders zu achten, damit die Zurückgabe der-
jenigen Pferde, welche sich innerhalb der ersten acht
Tage nach dem Eintreffen in den Depots mit diesem
Fehler behaftet zeigen, vermieden wird.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften
Pferde eine neue, starke, rindlederene Trense mit starkem
Gebiß und eine Kopfhalter von Leder oder Hanf mit
2, mindestens 2 Meter langen, starken, hanfenen Stricken
ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorgeführten Pferde feststellen zu können, ist es erwünscht, daß die Deckheine möglichst mitgebracht werden.

Kriegsministerium. Abtheilung für das Remontewesen.
gez. **von Rauch. Graf von Rintowström.**

Dels, den 19. April 1882.

Vorstehende Bekanntmachung haben die Herren Guts- und Gemeindevorsteher des Kreises den Pferdezüchtern in ihren Bezirken zur Kenntnißnahme mitzutheilen..

Sollten in einzelnen Ortschaften verdächtige Erkrankungen von Pferden stattfinden, so ist mir davon **schleunigst** Mittheilung zu machen.

Nr. 228.

Sacrau, den 26. Juni 1882.

Die Weideräumung betreffend.

Durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Breslau vom 25. Mai 1881 und durch Beschluß des Kreis Ausschusses zu Dels vom 13. Juni 1881 bin ich gemäß § 61 der Kreisordnungs-Novelle vom 19. März 1881 zum Amtsvorsteher für das Geschäft der Räumung des Weideflusses von der Waldmühle Krittchen bis zur Mündung für die drei Kreise Trebnitz, Dels und Breslau ernannt.

Auf Grund dieses Auftrages ordne ich hierdurch gemäß § 7 des Gesetzes über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843 an, daß die zur Räumung Verpflichteten in der Zeit vom 4. bis 15. Juli die Weide ordnungsmäßig und vollständig räumen. In dieser Zeit werden die im Räumungsgebiet gelegenen Mühlen ihre Fluthschleußen gezogen haben und wird dadurch das Räumungsgeschäft wesentlich erleichtert sein. Gegen die säumigen Räumungsverpflichteten werde ich gemäß § 33 des Competenz-Gesetzes einschreiten, nämlich die Räumung durch Dritte ausführen lassen und den vorläufig zu bestimmenden Kostenbetrag im Wege der Zwangsvollstreckung von den Verpflichteten einziehen. Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß sich die Räumungskosten, wenn die Räumung nach Schließung der Fluthschleußen bei höherem Wasserstande ausgeführt werden, erheblich steigern.

Ich ordne demgemäß an:

Am 4. Juli Abends 7 Uhr öffnet die Mühle zu Weidenhof ihre Freischleußen, schließt dieselben am 6. Juli Abends 7 Uhr. In dieser Zeit wird die Weide von der Posener Eisenbahnbrücke bis zur Mühle Protisch geräumt.

Am 6. Juli Abends 7 Uhr öffnet die Mühle Protisch ihre Freischleußen, schließt dieselben am 8. Abends 7 Uhr. In dieser Zeit wird die Weide von der Mühle Protisch bis zur Mühle Krittchen geräumt.

Am 9. Juli Abends 7 Uhr öffnet die Mühle Krittchen ihre Freischleußen, schließt dieselben am 11. Juli Abends 7 Uhr. In dieser Zeit wird die Weide von der Mühle Krittchen bis zur Mühle Wildschütz geräumt.

Am 11. Juli Abends 7 Uhr öffnet die Mühle Wildschütz ihre Freischleußen, schließt dieselben am

13. Juli Abends 7 Uhr. In dieser Zeit wird die Weide von der Mühle zu Krittchen bis zur Mühle Wildschütz geräumt.

Am 13. Juli Abends 7 Uhr öffnen die Mühlen zu Krittchen und Klarenkranz ihre Freischleußen, schließen dieselben am 15. Juli Abends 7 Uhr. In dieser Zeit wird die Weide von der Waldmühle bei Krittchen bis zur Mühle zu Krittchen geräumt.

Die Freigräben der Mühlen, sowie sämtliche Seitenarme der Weide sind Theile des Privatflusses und als solche zu räumen.

Der Commissarius für die Weideräumung.

Amtsvorsteher **Dr. Bock.**

Wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Königliche Herr Regierungs-Präsident unterm 25. Mai pr. in Gemäßheit des § 21 des Kompetenzgesetzes vom 26. Juli 1876 den Kreis Ausschuß zu Dels als denjenigen bestimmt hatte, welcher zuständig sein sollte, entsprechend dem § 61 der Kreisordnungs-Novelle vom 19. März 1881 einen Amtsvorsteher zu ernennen, dem die Anordnung und Controle der Räumungsarbeiten in der Weide von der Waldmühle (Kreis Dels) bis zur Mündung bei Pannwitz (Kreis Trebnitz) in allen betroffenen Amtsbirken zustehe.

Demgemäß hat der Kreis Ausschuß den Amtsvorsteher Herrn Dr. Bock zu Sacrau mit der Anordnung und Controle der bezüglichlichen Räumungsarbeiten betraut. Die betreffenden Herren Amtsvorsteher ersuche ich, die Räumungstermine unverzüglich zur Kenntniß der Verpflichteten unter Mittheilung der Androhung der Executivmaßregeln zu bringen.

Die Bezirksgendarmen erhalten die Anweisung, die Räumungsarbeiten zu beaufsichtigen und den bezüglichlichen Requisitionen des Amtsvorstehers Herrn Dr. Bock Folge zu geben.

Nr. 229.

Dels, den 27. Juni 1882.

Militairbestands-Nachweisungen betreffend.

Die Magistrate, Gutsvorsteher und Gemeindevorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 15. Juli cr. Termin zur Einfindung der Militair-Bestands-Nachweisungen an die Königliche Bezirks-Compagnie in Dels resp. Bernstadt ansteht.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die in diesem Jahre zur Ersatz-Reserve I. Klasse designirten Mannschaften ebenfalls in qu. Nachweisungen aufzunehmen sind.

Nr. 230.

Dels, den 27. Juni 1882.

Die Untersuchung der Mikroskope der Fleischbeschauer betreffend.

In dem Regierungsbezirk Merseburg besteht die von dem Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern für zweckmäßig anerkannte Einrichtung, daß in dreijährigen Zeiträumen die Mikroskope der bestellten Fleischbeschauer auf ihre Brauchbarkeit von den Kreisphysikern einer Untersuchung unterzogen werden müssen

und es ist die Anordnung ergangen, diese Einrichtung auch im hiesigen Kreise einzuführen.

Die den Kreisphysikern für die Untersuchung eines Mikroskops zustehenden Gebühren sind auf 1 Mark normirt worden und fallen dem Polizeifonds, also den städtischen Polizei- resp. Kammerei- und den Amtskassen, zur Last.

Die städtischen Polizeiverwaltungen und Herren Amtsvorsteher ersuche ich, mir innerhalb 8 Tagen eine Nachweisung der im Bezirke angestellten Fleischbeschauer einzureichen, aus welcher

- a. der Name, Stand und Wohnort des Fleischbeschauers,
- b. der Name der Ortschaften, für welche er bestellt ist, und
- c. der Zeitpunkt der Anstellung ersichtlich ist.

Für die Folge ist mir auch jede Veränderung in der Person des Fleischbeschauers anzuzeigen.

Nr. 231. Dels, den 26. Juni 1882.

In Jessel ist wiederum ein Hund, welcher sich vorher in Schmoltzschütz und Wiesegrade herumgetrieben hatte, getödtet worden und ist durch die thierärztliche Section der Verdacht der Tollwuth bestätigt worden.

Ich ordne daher gemäß § 20 der Instruction zur Ausführung des Gesetzes vom 23. Juni 1880 hierdurch an, daß in den von Jessel, Schmoltzschütz und Wiesegrade im 4 km Umkreise belegenen Ortschaften sämmtliche Hunde auf die Dauer von drei Monaten an die Kette gelegt oder eingesperrt werden.

Von vorstehender Anordnung werden folgende Ortschaften (Guts- und Gemeindebezirke mit den dazu gehörigen Vorwerken und Colonien) betroffen: Jessel, Spahlitz, Zucklau, Buselwitz, Wiesegrade, Schwierje städtisch und gutherrlich, Cromptsch, Groß-Zöllnig, Schützenhof, Neuhof b. W., Allerheiligen, Grüttenberg, Schmoltzschütz, Korschütz und Stronn.

Nr. 232. Dels, den 26. Juni 1882.

Von dem Herrn Regierungs-Präsidenten zu Breslau wird eine Druckschrift, enthaltend drei, die Vagabundenfrage erörternde Vorträge, warm empfohlen.

Die Druckschrift enthält ein sehr reichhaltiges, größtentheils aus amtlichen Berichten geschöpftes Material über diese wichtige Frage und giebt namentlich sehr beachtenswerthe, auf Erfahrung beruhende Andeutungen über die Organisation der Bekämpfung des Bettelunwesens bezweckenden Vereine.

Indem ich diese Druckschrift den Gemeindevorständen zur Anschaffung empfehle, bemerke ich, daß dieselbe betitelt ist:

„Die Vagabundenfrage“.

Erörtert von Pastor H. Stursberg in Düsseldorf und, daß dieselbe gegen Einsendung des Preises von 1 Mark von der Hofbuchdruckerei von L. Voss & Co. in Düsseldorf direkt franco, sowie durch jede Buchhandlung bezogen werden kann.

Nr. 233.

Dels, den 22. Juni 1882.

Personal-Chronik.

Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß unterm 21. d. M. der Gasthausbesitzer Carl Hübsch aus Süßwinkel zum Gemeindevorsteher für die genannte Ortschaft vereidigt worden ist.

Nr. 234.

Dels, den 23. Juni 1882.

Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß der Herr Ober-Präsident der Provinz dem Vorstande der Kranken- und Waisenanstalt Bethesda zu Peterswaldau die Genehmigung erteilt hat, in den bemittelten evangelischen Haushaltungen des Regierungsbezirks Breslau eine einmalige Sammlung milder Beiträge in Form einer Hauscollecte zum Besten obengedachter Anstalt zu veranstalten.

Nr. 235.

Dels, den 22. Juni 1882.

Die 42 Jahr alte, geistesranke Tochter des Auszügers Karl Gruhn zu Schwierje gutsch., Namens Johanne, hat sich am 13. d. M. von dort entfernt und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt.

Die Ortsbehörden und Gendarmen des Kreises werden veranlaßt, nach der p. Gruhn zu vigiliren und dieselbe im Betretungsfalle eventl. zwangsweise nach Schwierje gutsch. zu befördern. Die Genannte ist von mittlerer Größe, hat schwarzes Haar, blasse Gesichtsfarbe und eine schlanke Gestalt.

Bekleidet war dieselbe mit einem wollenen rothstreifigen Rocke und einer gelben Kattunjacke; auf dem Kopfe trug sie ein gelbes fattunenes und ein großes grauwolles Tuch.

Nr. 236.

Dels, den 26. Juni 1882.

Gegenwärtig vacante, mit Militair-

Anwärtern zu besetzende Stellen.

1. **Beuthen D./Schl.**, Amtsgericht, **Gerichtsvollzieher**, Gebühren von der definitiven Anstellung ab einschließlich des Wohnungsgeldzuschusses garantirtes Mindesteinkommen von jährlich 1800 Mark;
2. **Breslau**, Postamt, **2 Paketträger**, 680 Mark Gehalt und 180 Mark Wohnungsgeldzuschuß;
3. **Breslau**, Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn, **Kanzlei-Diätar**, 75 Mark monatlich Diäten;
4. **Breslau**, Magistrat, **Schuldiener** und **Haushalter** im städtischen Elementarschulhause, Neudorfstraße Nr. 45, freie Wohnung im Schulhause, freie Beheizung und 720 Mark Lohn;
5. **Breslau**, Magistrat, **Schuldiener** und **Haushalter** im städtischen Elementarschulhause, Paradiesstraße Nr. 25/27, freie Wohnung im Schulhause, freie Beheizung und 660 Mark Lohn;
6. **Breslau**, Magistrat, **Schuldiener** und **Haushalter** im städtischen Elementarschulhause, Neue Kirchstraße Nr. 15, freie Wohnung im Schulhause, freie Beheizung und 450 Mark Lohn;
7. **Breslau**, Magistrat, **Schuldiener** und **Haushalter** im städtischen Elementarschulhause Berlinerstraße Nr. 30, freie Wohnung im Schulhause, freie Beheizung und 600 Mark Lohn;

8. **Berfingawe** (Kreis Wohlau), Königl. Landrathsamt Wohlau, **Chausseewärter** bei der Wohlau-Winzig-Gellendorfer Kreis-Chaussee-Strecke Polgen bis Striefe, 360 Mark jährlich und 1 Prozent Lantieme des Ertrages aus der Gras- und Obsternte auf der ganzen 30 Kilometer langen Chausseestrecke.

Der königliche Landrath.
von Rosenberg.

B. Bekanntmachungen anderer Behörden.

Dels, den 24. Juni 1882.

Bekanntmachung.

Die diesjährige Räumung der großen Delsbach findet **Dienstag, den 11. Juli cr.,** statt. Es wird dies hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht mit der Verwarnung:

daß bei nicht ausreichender Räumung die Nachräumung g der bezüglich der Strecken auf Kosten der dazu verpflichteten Gemeinden u. ausgeführt werden wird.
Der Amts-Vorsteher-Stellvertreter.

Starde.

Dels, den 19. Juni 1882.

Steckbriefs-Erledigung.

Der hinter dem Knecht Carl Wurm aus Juliusburg unter dem 27. Dezember 1879 erlassene Steckbrief ist erledigt.

Der Erste Staatsanwalt.

Dels, den 24. Juni 1882.

Steckbrief.

Der Arbeiter Carl Stallwe aus Dels ist wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit und wegen Diebstahls zu verhaften und an das hiesige Gefängniß abzuliefern. Stallwe ist 33 Jahr alt, mittelgroß, hat braune Augen, breite Nase, gute Zähne, gesunde Gesichtsfarbe.

Er war bekleidet mit einem schwarzen Jaquet, brauner, geflickter Hose, schwarz und braun melirter Stoffmütze.

Der Erste Staatsanwalt.

Dels, den 28. Juni 1882.

Steckbrief.

Der Freistellerjohn August Springer aus Schleibitz, welcher wegen Körperverletzung eine mehrjährige Gefängnißstrafe zu verbüßen hatte, ist am 26. d. Mts. von der Außenarbeit entsprungen.

Derfelbe ist 20 Jahr alt, hat blonde Haare, rundes Gesicht, keinen Bart, gedrungene Gestalt.

Orts- und Polizeibehörden ersuche ich um Vigilanz und Festnahme.

Der Erste Staatsanwalt.

Berlin W., 16. Juni 1882.

Bekanntmachung.

Postaufträge im Verkehr mit Frankreich.

Vom 1. Juli ab können den Postaufträgen im Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich auch solche Papiere beigelegt werden, welche mangels Zahlung durch Vermittelung der Bestimmungs-Postanstalt zur Aufnahme des Protestes weiter gegeben werden sollen. Der Absender hat in solchem Falle auf der Rückseite des Postauftrags-Formulars den Vermerk: „Sofort zum Protest“ oder „à protester“ niederzuschreiben, auch ebendasselbst unter Hinzufügung von Datum und Namensunterschrift zu vermerken, „daß er sich verpflichte, den etwaigen Betrag der Protestkosten nach erfolgter unmittelbarer Aufforderung an den Berechtigten gelangen zu lassen“. Die Namhaftmachung einer bestimmten, mit der Aufnahme des Protestes zu betrauenden Person ist statthast, aber nicht erforderlich. Eintretendenfalls ist für solchen Vermerk vom Absender ebenfalls die Rückseite des Postauftrags-Formulars zu benutzen.

Der Staatssecretair des Reichs-Postamts.

Stephan.

1. Beilage zu Nr. 27 des Oeller Kreisblattes.

Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck.

(Schluß.)

(Die Gefahren des Fraktionsweins.)

Die Unausführbarkeit der Abhilfe wird Er. Majestät dem Kaiser als König von Preußen sehr schmerzlich sein, daß er seinen Unterthanen, nicht helfen kann. Ich werde aber, so viel nur meine Kräfte erlauben, nicht müde werden, nach anderen Plänen und Mitteln zu suchen, um diesen Leiden meiner Mitbürger Abhilfe zu schaffen. Ich fürchte allerdings, daß ich damit ebenjowenig Erfolg haben werde, wie mit den bisherigen Bemühungen im Monopol und wie beispielsweise, — es wird ja sehr viel von der Besteuerung der Getränke gesprochen, es war im Jahre 1880 oder 1881, da hatten wir ein Schanksteuergesetz vorgelegt, was namentlich den Branntwein erheblich besteuern sollte. Ja, das ist einfach abgelehnt worden kaum mit einer tieferen Begründung, als daß man es uns eben nicht bewilligen wollte. Ich befinde mich da in meinen Bemühungen, ich möchte sagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos sein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur unter gewissen Bedingungen mit irgend einem „do ut des“, was die Regierung in dem Maße nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgend ein Kanossa zu machen, — ich meine nicht ein klerikales, ich meine ein liberales Kanossa. Kaiser Heinrich IV. hatte auch die Wahl, zwischen vielen Gegnern, und ich erinnere Sie daran, daß vor ihm, unter Heinrich III. noch das Deutsche Reich in höchster Machtfülle da stand, und zwar seit lange, seit den karolingischen und sächsischen Kaisern her, und die kurze Zeit der Minorität Heinrichs IV. hat hingereicht, um den dem deutschen Gemüthe einwohnenden zentrifugalen Elementen eine solche Stärke zu schaffen, daß Heinrich IV., den man dafür zu hart beurtheilt, in der Nothwendigkeit war, mit einem seiner Gegner Frieden zu machen, um gegen den anderen freie Hand zu bekommen. Er unterwarf sich dem Papste, als dem bedeutendsten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, aus Christlichkeit, in ihm steckte das germanische Arianerblut, und die Art, wie er sich benahm, nachdem er aus dem Bann gethan war, giebt darüber vollständige Klarheit; aber er war politisch in der Nothwendigkeit, eine der Parteien, der reichsfeindlichen Parteien, die im Reiche ihm gegenüberstand, zu versöhnen. Hätte er sich gebeugt vor den Großen des Reichs, vor den damaligen Willingen oder Welfen oder vor den Sezess — vor den partikularistischen Niederachsen, ich meine die plattdeutschen alten Sachsen, hätte er sich vor denen gebeugt, dann würde der Klang, den der Name Kanossa in den deutschen Reminiscenzen hat, vielleicht Harzburg oder Mainz, oder einen andern Namen tragen. Kurz und gut, die deutsche Reichsgewalt ist schon öfters in die Lage gekommen, sich einem ihrer Gegner zu fügen und mit ihm zu paktiren, um gegen die anderen

freie Hand zu bekommen, und es hängt ja von jeder Regierung ab, welche Wahl, wenn sie überhaupt dazu kommt, sie darin treffen will. Es wird in diese Verlegenheit immer nur eine Parteiregierung kommen. Eine unparteiische, von jedem Partikularismus freie Regierung, wie die bisherige Reichsregierung, kann in diese Lage nicht gut kommen, wir haben ja die deutschen Großen, die die Reichseinheit unter Heinrich IV. in Frage stellten, nicht, die niederländischen Partikularisten von damals, diese Großen gefährden die Reichseinheit nicht mehr. Wir haben statt ihrer die Zersetzung in 25 souveraine Staaten, deren Grenzen wiederum durchschnitten sind von den viel tiefer einschneidenden Grenzen von 8 bis 10 Fraktionen, so daß wir zu 200 bis 250 Partikeln des Deutschen Reiches kommen, und der Partikularismus der Dynastien und der Regierungen ist sehr rückgängig geworden. Sie werden das ja auch in ihren Fraktionen fühlen, daß er bei den Abgeordneten viel lebendiger geworden ist in letzterer Zeit. Diesem Fraktionspartikularismus befindet sich nun die Reichsregierung mit ihren Einheitsbestrebungen gegenüber, und ich habe das Gefühl, uns durch die Fraktionen überhaupt dilatorisch behandelt zu sehen, es giebt da viele Leute, die denken „Zeit gewonnen, alles gewonnen, interim fit aliquid (indessen tritt irgend ein Ereigniß ein) und dann wird Alles anders und dann mit dem Hochdruck der Macht der Neuwahlen, dann werden wir eine große Partei schaffen“. Es ist ja Alles möglich, ich kann in die Zukunft nicht sehen. Meine Mitwirkung kann dazu nicht in Aussicht genommen werden und ich bin überhaupt nicht mehr in der Lage, viel zu wirken auf dieser Welt, und ich habe das Gefühl, daß keiner dieser Regierung irgend einen Erfolg noch gönnt, man meint, warum sollen wir die noch befestigen in ihrer Existenz, wie lange kann die überhaupt noch dauern, dann hängt unser Reich an. Nun, ich will es abwarten, aber es würde Ihnen das auch gar nichts helfen, wenn irgend eine Partei, eine Fraktion zur Regierung käme. Einmal, es ist in Deutschland und in Preußen keine stark genug, um die Regierung zu führen und auch nicht, wenn sie alle Unterstützung hätte, die sie dabei nur wünschen könnte, dann ist weder Deutschland noch Preußen von dem Parteistandpunkte überhaupt zu regieren, das liegt in unseren Fraktionsverhältnissen und die Fraktionskrankheit ist ja eine, an der das konstitutionelle Prinzip überhaupt in allen Ländern schwer leidet und in manchen zu Grunde gehen kann. Die Fraktion ist etwas, was sich ja als eine große Bequemlichkeit des politischen Verkehrs für jeden neu eintretenden Abgeordneten erweist. Wer sich nicht berufen fühlt, der großen Gesamtheit des Reiches persönlich gegenüber zu treten, der findet eine ansprechende Vermittelung in dem Eintritt in eine Fraktion. Er hat vielleicht nicht das politische Kapital bei sich, um sich hinreichende Geltung zu verschaffen ohne eine solche Vermittelung, aber er hat immer genug Kapital, um für die Aktiengesellschaft, die politische Gründung, die eine Partei in sich bildet, einen Einschuß und eine Mitwirkung zu leisten. Er wartet auf seine politische Dividende und hat außerdem eine große

Bequemlichkeit, er braucht sich keine eigne Meinung zu bilden, er kriegt sie fertig geliefert von der Majorität, und wenn er zu Hause diskutiert, so braucht er sich nicht zu rechtfertigen, er kann sagen, die Majorität unserer Freunde war dafür und die Fraktionsstaktik hat es nothwendig gemacht, so zu handeln. Stat pro ratione numerus! (Statt der Vernunft giebt das Zahlenverhältniß den Ausschlag.) Die Fraktion hat sich entschieden, die sachliche Seite ist vollständig gleichgültig. Auf der andern Seite liegt in dem Fraktionswesen eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer, unsere Staatsmänner, durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserem heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt, „Fraktion geht vor Reich“, „das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit“. Man hat mir einmal eine ähnliche Aeußerung schuld gegeben: „Gewalt geht vor Recht“. Das war eine Lüge, das habe ich nie gesagt.

Dies ist mein Eindruck, den ich habe. Der Führer einer Fraktion wird für seine Verwendbarkeit im Großen und für die Möglichkeit seiner politischen Zukunft im Ganzen geschädigt. Ich will ja nicht davon sprechen, daß ohnehin, wie man sagt, unsere bedeutendsten und edelsten Kräfte im Hausirhandel beschäftigt sind. Aber, die wir für die Politik dabei übrig haben, werden durch das Fraktionswesen in die Lage gesetzt, daß sie, wenn es darauf ankommt, die Regierung zu übernehmen, den Fraktionsballast aus ihrem Schiffe nicht los werden können, um eine praktische und staatsmännische Ladung einzunehmen. Sie bleiben von der Fraktion abhängig, sie bleiben in der Wahlangst, die unsere Verhältnisse beherrscht, abhängig von Wahlumtrieben. Sobald es heißt, „der und der wird nicht wieder gewählt: wenn das und das nicht geschieht“, so ist ein Führer in der Lage, daß er jeder Wahlfrage Rechnung tragen soll, ein Minister aber nicht. Der kann auf Fraktionsfreunde und auf Wahlorgane und Parteistaktik nicht Rücksicht nehmen; er muß das alles abschütteln. Das Deutsche Reich und der Preussische Staat kann von einer Partei nicht regiert werden; dazu ist keine Partei stark genug, und keine versöhnlich genug, sie können nur unabhängig von jeder Parteistellung, unabhängig von jeder Fraktionsstaktik und von Wahlkreisrückichten regiert werden. Die Fraktionen bilden für mich einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht zu durchbrechen brauche. Ich habe genug im meinem Leben gethan und bin gegen Enttäuschungen ziemlich abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit gethan zu haben glaube, so überlasse ich Gott das Uebrige, die Geschäfte haben das Interesse für mich verloren. Ich habe also kein Bedürfniß, diesen Fraktionsring meinerseits zu durchbrechen. Ich komme immer mehr zu der Rolle des Zuschauers, der sieht, wie sich die Sachen auf der Bühne entwickeln, aber ich habe lange genug in diesen Verhältnissen gelebt, um sie zu kennen, und meine Ansichten darüber haben so viel Werth, wie die eines jeden Andern in Deutschland, nur außerhalb Deutschlands vielleicht einen höheren. Kein Prophet gilt im eigenen Lande. Ich erwarte auch nicht, daß sich Jemand danach richten werde, aber ich lege meine Zeugniß ab.

Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satire auf das Arndtsche Lied: „Das deutsche Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland soll es sein!“ Der in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß. Es schrumpft, durch seine Brille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse, und in der Fraktion — ich will ja Niemand zu nahe treten, wie ein Naturforscher, verliert der Volksvertreter den Blick für das Allgemeine. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesamtinteressen. Man fragt nur noch, was hat die Fraktion davon, nicht was hat das Reich davon? wenn man einen Entschluß faßt. Ich habe gelegentlich gelesen oder gehört, daß man sagt: „Wir haben dem Kanzler 135 Millionen bewilligt.“ Das ist eine wunderliche Redensart. Was sollte ich mit dem Gelde? Mir kann es einerlei sein, ob Sie Geld bewilligen. Der Ausdruck „Bewilligung“ ist überhaupt falsch; Sie haben beschlossen, daß das Geld zu bestimmten Zwecken des Landes verwendet werden soll. Ist ihr Beschluß richtig, so muß es dabei bleiben, ist er schlecht gewesen, so hätten Sie ihn nicht fassen sollen; aber ich habe mit dem Geld nichts zu thun, Sie bewilligen nicht mir, sondern dem Volke Geld, der Nation, dem Reiche, das heißt: Sie beschließen, daß so und so viel für bestimmte Zwecke aufgewendet werden soll, und wir können das ohne Sie nicht beschließen; aber wir schulden Ihnen keinen Dank dafür, der Gedanke, Sie hätten mir etwas bewilligt, klingt fast komisch, mir ist es vollständig gleichgültig, was Sie bewilligen.

(Die persönliche Stellung des Reichskanzlers.)

Nun, meine Herren, wenn ich so wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und mir so viel Mühe und Arbeit mache und Ihnen eine so bedauerlich lange Rede halte, wie die heutige, so können Sie mich ja fragen, was veranlaßt denn diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Ueberzeugung hat, er kommt zu nichts. Meine Herren, wir haben, in Preußen wenigstens, eine eigenthümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und des Pflichtgefühls. Sie wissen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe, und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zustimmung meines Herrn, des Kaisers, den Abschied verschaffen können, so bin ich außerordentlich dankbar. Interesse am Geschäfte ist es nicht mehr, was mich hält; aber da ich aus persönlichen Gründen, aus den Rücksichten, die ich Seiner Majestät schulde, verhindert bin, der Absicht weiter Folge zu geben, die ich 1877 hatte, indem ich fühlte, daß meine Gesundheit meiner Thätigkeit ein Ziel setze, wenn ich daran verhindert bin, so bin ich auch nach meinem Gefühl, wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe, so lange ich das Amt trage, verpflichtet, dieses Amtes zu warten, und ich muß meinen Dienst thun, es mag mir sauer werden, es mag mir wider den Strich sein. Ich lebte viel lieber auf dem Lande als unter Ihnen, so liebenswürdig Sie auch sind. Wenn ich es dennoch thue, so ist es nur das Gefühl dessen, was man mit dem rohen Ausdruck „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ benennt, so lange ich den Titel des Kanzlers trage.

Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen zu gehen, im Jahre 1877. Es ist mir damals

die Erlaubniß dazu verfaßt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Nobiling'schen Attentat im seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der Seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. Sonst im Uebrigen würde ich die Geschäfte gern einem Andern übergeben. Außer diesem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein anderes, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft der Einrichtungen entgegenstehe, deren Herstellung ich 30 Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe. Daß es mich mit Besorgniß erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnutzen, sich nicht bewähren sollten, das ist ein natürliches Interesse, über das ich mich aber auch bescheiden muß. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestages sitzen könnten. Die Art, wie die Geschäfte gehen, schließlich die Möglichkeit nicht aus, wenn die Achtung und das Ansehen, dessen wir uns heutzutage im Auslande erfreuen, erst einmal einen Stoß erlitten haben sollten. Wir haben eine große Autorität gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsere Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt, die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsere Einheit liege in den Dynastien, der Anker der Rettung und der Kitt für unsere Einheit liegt im Reichstage, deshalb muß man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen. Weil ich damals unter dem Eindruck der alten bundestäglichen Verhältnisse, die ich noch nicht überwunden hatte, ganz von der Besorgniß beherrscht war, der nationalen Einheit und damit der Unabhängigkeit von Fremden einen möglichst prägnanten, scharfen, bindenden Ausdruck zu geben, deshalb habe ich damals zugestimmt, den Reichstag in die Möglichkeit zu setzen, daß er seinerseits das Reich nicht nur fördern, sondern allerdings auch wesentlich schädigen kann, wenn er die Aufgaben, die von der Vorsehung in die Oekonomie des Deutschen Reichs eingefügt sind, nicht vollständig erfüllt.

Nun, meine Herren, ich gebe diesen Befürchtungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien. Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammen zu stehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des Deutschen Reiches belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, ohne vielleicht einen festen Glauben

an ihre Verwirklichung zu haben, im Jahre 1848 und später, sich befestigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte, in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Darin, meine Herren, habe ich das Vertrauen zu unseren Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Zukunft unserer Einheit. Diese Einheit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteeleben bei der unglücklichen Zankucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Populärität, wie sie bei uns eingegriffen, ausgesetzt ist.

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsternung begriffen!

Rede des Reichskanzlers Fürsten Bismarck

in der Sitzung des Reichstages vom 14. Juni (bei der Fortsetzung der zweiten Verathung des Tabakmonopols).

Es ist mir gestern anderweitiger Geschäfte wegen nicht möglich gewesen, der Sitzung beizuwohnen und ich habe von den Vorgängen in derselben nur durch die mir bisher zugänglichen gedruckten Berichte Kenntniß nehmen können. Ich habe auch die vorgestern bereits gehaltene Rede des Herrn Abgeordneten Wambberger nicht hier mit anhören können, sondern mir nur davon anderweit Rechnung geben lassen können. Ich habe in dieser, soviel ich weiß, nichts gefunden, was die uns beschäftigende Frage objektiv berührte, und die Gründe, die ich für die Regierungsvorlage angeführt habe, widerlegte. Der Herr Abgeordnete hat meine Politik im Allgemeinen angegriffen, wie bei anderen Gelegenheiten, und nach Möglichkeit durch seine Rede dazu beigetragen, die nachtheilige Meinung, die er von meinen politischen Absichten und Leistungen in der inneren Politik hat, in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten, ohne sich dabei sehr an die Vorlage des Tabakmonopols zu binden. Ich muß mir das gefallen lassen, ich bin daran gewöhnt und habe darauf auch weiter nichts zu erwidern. Dagegen habe ich heute früh aus dem Oldenberg'schen Berichte Kenntniß von der Rede des Herrn Abgeordneten Richter erhalten, die eingehend die Frage selbst behandelt, die uns beschäftigt. Ich vermeide in der Regel, soviel ich kann, mit dem Herrn Abgeordneten Richter direkt in Diskussion zu treten, es hat das Schwierigkeiten für mich, denn ich sehe in

der Art, wie Jemand hier öffentlich spricht, eine Art von Selbsteinschätzung, keine finanzielle, aber doch in Bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, welches Jemand dadurch in Anspruch nimmt, daß er es Andern gewährt. In Bezug auf diese Einschätzung treffe ich mit der meinigen und der Abgeordnete Richter mit der meinigen nicht vollständig zusammen, und es ist schwer auf Vorwürfe gewisser Art und auf Argumente gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten. Ich werde indessen doch eine sachliche Kritik versuchen und hoffe, daß es mir dabei möglich sein wird, mich innerhalb der Grenzen meiner Erziehung und meiner Gewohnheit zu halten.

(Nothwendigkeit, dieselben Argumente zu wiederholen.) Der Herr Abgeordnete hat mir zunächst — ich kann nur nach dem Oldenberg'schen Berichte urtheilen, etwas Anderes liegt mir nicht vor — zunächst vorgeworfen, die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers sei eine neue Auflage seiner bereits vor dem Reichstag von 1879 vor der Zollbewilligung gehaltenen Rede. Ja, ich glaube, der Abgeordnete Richter sowohl wie ich kommen, wenn wir bestimmte Ziele verfolgen, recht häufig in die Lage, dieselben Argumente in mäßig veränderter Form öfter wie einmal vorbringen zu müssen, und der Abgeordnete Richter, der darin eine so reiche Erfahrung hat bei den vielen Reden, die er innerhalb und außerhalb dieses Hauses hält, sollte doch, wenn er selbst in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen. Er hat mir damit einigermaßen die Anspielung zurückgegeben, die ich einmal ihm gegenüber mit dem Umzug der Statisten in der Jungfrau von Orleans machte. Wir sind aber doch nicht ganz in derselben Lage. Einmal glaube ich, wiederhole ich mich nicht so oft, wie der Abgeordnete Richter, und ich sage nicht so häufig dasselbe, schon deshalb, weil ich überhaupt viel seltener spreche, dann aber glaube ich, ist der Unterschied zwischen uns: das, was ich wiederhole, ist wahr, das, was der Herr Abgeordnete Richter wiederholt, halte ich nicht immer für wahr, ja, in dem, was er hier von oft gesagten Dingen wiederholt, in der Regel nicht! Es kommt aber doch auf die Wahrheit dessen, was man sagt, einigermaßen an. Ich komme mit weniger Wiederholungen aus, weil ich mich an die Wahrheit halte. Eine zweifelhafte Behauptung muß recht häufig wiederholt werden, dann schwächt sich der Zweifel immer etwas ab und findet Leute, die selbst nicht denken, aber annehmen, mit so viel Sicherheit und Beharrlichkeit könne Unwahres nicht behauptet und gedruckt werden.

(Die Ursache der Steuerexekutionen.) Der Herr Abgeordnete hat dann erwähnt, es fehle nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution, der Steuerexekutor, der damals schon beseitigt werden sollte, gehe jetzt immer noch um, wie damals. Meine Herren, das ist es ja eben, wogegen ich kämpfe und was ich bedaure, daß alle Anstrengungen, die im Namen des Königs von Seiten der Regierung gemacht werden, um diese Anomalie der Kopfsteuer, die in allen anderen Staaten verschwunden ist, aus dem preussischen Staatsleben auch zu entfernen, daß die fruchtlos sind. Ein Uebel wird dadurch nicht erträglicher, daß es länger dauert, und wenn es vor drei Jahren bestand, noch früher bestand und noch immer fortbesteht, so werden

Sie erleben, daß, wenn ich zum Reden im Stande bleibe und genöthigt bin, mein Amt noch weiter zu verwalten, daß ich Ihnen diesen Steuerexekutor noch öfter vorhalte, und zwar so lange, bis Einer von uns Beiden todt ist, entweder der Exekutor oder ich. Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt, und darin liegt eine Unwahrheit, eine objektive: Der Schluß liege nahe, ob nicht das System der Neubewilligten Zölle die Ursache sei — von den Exekutionen nämlich. Sie werden sich erinnern, der stenographische Bericht wird es ausweisen, daß ich in der Hauptsache von der Zahl der Exekutionen von 1876 und 1877 gesprochen habe, dann vom Jahre 1878, also auch noch ein Jahr vor dem Erlaß, von 1879, wo wir die Zölle machten, von 1880, wo sie noch nicht in Wirkung waren und von weiter nichts. Diese Insinuation des Herrn Abg. Richter steht also vollständig in der Luft, der Herr Abgeordnete hat nicht seine gewöhnliche Geistesgegenwart in Bergegenwärtigung der Daten, von denen die Rede war, wie sie in der Zeit aufeinander gefolgt sind, in promptu gehabt. Wie sollen die Zölle, die wir erst 1879 beschlossen haben und 1881 ungefähr einigermaßen in Wirkung waren, aber noch nicht zu vollem Maße, wie sollen diese auf die Exekutionen von 1876 und 1877 gewirkt haben! Da fordere ich dem Herrn Abgeordneten Richter den Beweis dafür ab, und jeden seiner Gegner bei Wahlreden ersuche ich, auf dieses Faktum, was ich hiermit öffentlich in perpetuam rei memoriam (zur dauernden Erinnerung) verkünde, Bezug zu nehmen, wenn Herr Richter wieder eine solche Insinuation über die Wirkung der Zölle macht.

Er sagt dann, er klagt:

Wer im Laufe des Monats derart sein Brod theurer bezahlen muß, den Viter Petroleum um 6 Pf., das Pfund Schmalz um 5 Pf., der hat natürlich am Schluß des Monats die 16 Pf. nicht mehr übrig für die Klassensteuer, denn strenger als der Exekutor wirkt der Hunger.

Nun, in Bezug auf das Petroleum kann der Hunger bei unsern Landleuten wohl nicht wirken; in Bezug auf das Uebrige, wenn er noch immer wirklich meint, daß die Zölle die Nahrung und das Brod vertheuern und wenn ihn die Bäcker und Mehlpreise darüber nicht belehren können, so muß ich wieder etwas früher Gesagtes wiederholen, und frage den Herrn Abgeordneten Richter, wie oft hat er dieses unrichtige Argument schon wiederholt und vorgebracht hier in diesem Raume, außerhalb im Wahlkreise und bei seiner Thätigkeit in der Presse? Wie kann er also einem Minister vorwerfen, der seit 18 Jahren dasselbe Ziel verfolgt, daß auch der sich wiederholt, wenn er für dieselbe Sache, die ihm immer wieder bestritten wird, wieder dasselbe Argument bringt? Ich glaube, daß tausendmal nicht reicht, daß Richter jenes Argument gebraucht hat. Er vergißt dabei immer die andere Seite der Sache, die ich anführte, als damals darüber debattirt wurde, seitdem aber nicht wiederholt habe, und ich sehe daraus, wie nützlich es ist, dergleichen öfter zu wiederholen, vielleicht alle Tage.

(Der Druck der Steuern auf die Landwirthschaft.) Der Herr Abgeordnete nöthigt mich zur Wiederholung von Gemeinplätzen.

Auf unsern Konsum an Brod und Brotkorn

wirkt nicht allein der Kornzoll. Der Kornzoll beträgt, ich weiß die Summe nicht genau auswendig, etwas wie 13 oder 14 Millionen im Jahr. Nicht wahr?

Unser gesamter Brot- und Kornkonsum besteht aber doch nicht bloß aus den zwischen 16 und 30 Millionen variirenden Einführungen von Getreide, sondern ein viel größerer Theil aus dem bei uns gebauten Getreide, und unsere gesammte Getreideproduktion beträgt im Durchschnitt jährlich zwischen 160 und 220 Millionen Centner an Brotgetreide, wobei ich bloß Weizen und Roggen rechne und von Gerstenbrot und dergleichen Surrogaten, von Kartoffeln gänzlich absehe. Damit sind die 16 bis 30 Millionen Centner Wehl und Getreide, nach Abzug dessen, was von dem eingeführten wieder ausgeführt wird, was überhaupt an eingeführtem Getreide bei uns verbraucht wird, mit eingerechnet, wenn ich die Ziffer auf circa 230 Millionen Centner ausdehne. Auf diesem Gesamtconsum von 230 Millionen Centnern des deutschen Volkes lastet nun der Eingangszoll von 14 Millionen plus sämtliche direkte Abgaben, die unsere einheimische Landwirthschaft bestreiten muß, ehe sie überhaupt das Korn in Keimtrug ziehen, ehe sie ihr Korn zum Markte bringen kann. Sie muß, so viel sie irgend kann, die direkten Steuern, die sie bezahlt, aufschlagen auf den Scheffel Korn, den sie zu Markte bringt. Die direkten Steuern der einheimischen Landwirthschaft wirken also, wenn überhaupt die Getreidepreise nicht von viel größeren Verhältnissen des Weltmarktes als der Gesamtheit unserer Steuern und Lasten abhängig wären — eine gute Ernte in Rußland und Amerika und eine Mißernte in beiden macht sehr viel größere Unterschiede — aber die einheimischen direkten Lasten, die auf unserem Kornbrot ruhen, betragen, wie Sie das ebenfalls aus den vom preussischen Abgeordnetenhaufe leider nicht gelese- und noch weniger in der Presse benutzten Motiven für das Verwendungsgezet sehen können, zusammen 200 Millionen Mark, welche bloß auf den Landgemeinden lasten an Grundsteuer, an Klassensteuer, an Schulsteuer und sonstigen Schullasten und an Zuschlägen hierzu, an Häusersteuer — auf diese komme ich weiter wieder zurück. Diese Gesamtbelastung der einheimischen Getreideproduktion schwankt nach der zitierten Quelle um 200 Millionen herum, also um ungefähr 1 Mark per Centner auf den Gesamtconsum des einheimischen und ausländischen Getreides, welches wir verbrauchen, in manchen Jahren etwas niedriger, in manchen Jahren höher. Zu dieser wirklich recht schweren Belastung von dem Centner des bei uns im Inlande produzierten Getreides mit 1 Mark einheimischer direkter Steuern kommt der verhältnißmäßig geringe Eingangszoll mit circa 14 Millionen. Diese 14 Millionen Zoll an sich betragen auf 45 Millionen Einwohner, praeter propter auf je drei Einwohner 1 Mark — wenn ich im Kopf augenblicklich richtig rechne — also auf jeden Einwohner ungefähr 30 Pf. im Jahre. Das ist also ein sehr schwaches Gegengewicht gegen die ungeheure Belastung des inländischen Getreidepreises mit mehr als 4 Mark pro Kopf der Bevölkerung, die durch die direkten Steuern dem „hungernden Armen“, für den der Abg. Richter sich so sehr interessiert, den Centner Brotforn um eine volle Mark vertheuert; denn ohne zu seinen ausgelegten Steuern wieder zu kommen, kann der Land-

mann das Getreide auf die Dauer nicht verkaufen, er müßte sonst die Wirthschaft aufgeben, er muß nothwendig versuchen, was er kann, um seine ausgelegten Steuern durch den Marktpreis wieder zu bekommen. Die direkte Steuer, und nicht bloß die Grundsteuer, sondern alle Steuern — 23 Millionen Grundsteuerlasten allein schon auf den Landgemeinden, also eine Mark, die allein an Grundsteuer pro Kopf bezahlt wird — alles das muß durch den Marktpreis wieder eingebracht werden, wenn der Landwirth bestehen soll.

Nun sind die Herren immer aufs Tiefste zerfnirscht über die vertheuernde Wirkung der 14 Millionen Auslandszoll, der auf dem Konsum des armen Mannes lastet, und thuen, als wenn auf jeden Scheffel, der im Inlande produziert und verbraucht wird, der gleiche Einfuhrzoll und sonst nichts läge, verschweigen aber jederzeit vollständig die Thatfache, daß dem armen Broteßer durch die direkten, auf unserer Landwirthschaft ruhenden Steuern der Centner um mindestens eine volle Mark im Vergleich von 3 Pfennigen, also um mindestens das dreißigfache der Wirkung des ausländischen Zolles vertheuert wird. Es ist also wohl berechtigt, wenn die Regierung bemüht ist, diese Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen Getreides bei der Verzollung des im Auslande steuerfrei erzeugten grundsteuer-, klassen- und schulsteuerfrei erzeugten fremden Getreides in etwas wenigstens auszugleichen. Wenn sie das wirklich im vollen Maße erstrebt, so müßte sie nach dem, was ich eben gesagt habe, den Einfuhrzoll auf 200 Millionen bringen oder die direkten Steuern der deutschen Landwirthschaft auf 14 Millionen Mark herabsetzen. Sie ist weit entfernt, sich mit solchem Plan zu tragen, sie wird sich begnügen mit dem jetzigen finanziellen Ertragniß und sie wird der von mir oft gerühmten Geduld unserer ackerbauenden Bevölkerung vertrauen, daß diese sich bemühen werde, die Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen und eingeführten Getreides durch Fleiß und Ordnung zu überwinden, und wenn wir eine gute Ernte haben und mehrere der Art, so wird die vorhandene Ungleichheit eine Zeit lang bestehen können, weil die Einfuhr gering sein wird. Aber es wird immer dahin gewirkt werden müssen, daß die Lasten, die auf unserer Kornherzeugung im Inlande ruhen, vermindert werden. Wir haben kein Recht, die Kornherzeugung im Inlande zurückgehen zu lassen, wir würden dabei mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nöthigen, immer mehr von ihren geringeren Bodenklassen dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben und den Kornbau einzuschränken. Wenn wir wirklich dahin kämen, daß wir das Getreide, das wir nothwendig verzehren müssen, nicht mehr selbst bauen können: in welcher Lage sind wir dann, wenn wir in Kriegszeiten keine russische Getreideeinfuhr haben und vielleicht gleichzeitig von der Seeseite blockirt sind, also überhaupt kein Getreide haben, oder wenn gleichzeitig in Rußland und Amerika eine Mißernte eintritt, was bekanntlich bei den dortigen klimatischen und Ackerbauverhältnissen ebenso häufig ist, wie die überreichen Ernten, weil dort die klimatischen Verhältnisse und Witterungswechsel auf die Ertragnisse des Getreides aus physikalischen Gründen, die ich hier nicht zu er-

örtern habe, einen viel einschneidenderen Einfluß haben, als es in einem regelmäßig bebauten, durch Wald, Gebirge u. s. w. geschützten Lande alter Kultur der Fall ist. Es ist eine Pflicht gegen unsere Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall gerathen lassen, und die Mautherung, die der Herr Abgeordnete Richter nicht müde wird immer zu wiederholen, um die Lasten des inländischen Getreidebaues womöglich zu erhöhen, und die des ausländischen bei uns zu vermindern, kann ich nicht für patriotisch halten, aber ich halte sie auch für unbegründet und für nicht nachweisbar, höchstens in einer Wählerversammlung von leichtgläubigen Leuten.

(Die Kosten des billigsten Hausstandes.) Der Herr Abgeordnete Richter sagt dann: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß 1873 die Klassensteuer u. s. w. beschränkt ist?“ Er wiederholt diese Wendung: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß das und das ist?“ an anderen Stellen wieder. Es ist dies eine von den Wendungen, die das Grenzgebiet, welches ich mir in der Erwidrerung gesteckt habe, überschreiten, ich könnte ja sonst in derselben Tonart auch unhöfliche Bemerkungen ähnlicher Art machen. Aber das, worüber ich nach Meinung des Abgeordneten Richter so unwissend bin, daß man berechtigt wäre, mir öffentlich meine Unwissenheit vorzuwerfen, ist wiederum nicht wahr. Es ist gewißlich allerdings ausgesprochen, daß alle diejenigen, die weniger als 140 Thaler Einnahmen haben, von der Klassensteuer befreit worden sind, und man hat deren eine ganze Menge herausgerechnet. Ich bestreite die Wahrheit der Annahme, von der die Gesetzgebung damals ausgegangen ist. Es giebt überhaupt keinen Hausstand bei uns, der weniger wie 140 Thaler Einnahme hat, wenn nur richtig gerechnet wird. Wenn die Wohnung, Kleidung, die Heizung, die thatsächliche Ernährung gerechnet werden, so ist dies einer der schlagendsten Beweise der Unbekanntschaft unserer städtischen, wissenschaftlichen, büreaukratischen, gesetzgebenden Kreise mit den wirklichen Verhältnissen, daß sie annehmen, es könnte auch in den ärmsten Provinzen überhaupt eine Familie — ich will nur eine von 4 Köpfen annehmen — existiren, die weniger wie 140 Thaler Einnahme hat und doch besteht. Wenn Sie annehmen, daß die kümmerlichste Ernährung — ich will sagen eines heranwachsenden Jungen, eines Lehrlings, der in der Landwirthschaft, Gärtnerei, Försterei, untergebracht ist — unter den billigsten und entgegengesetztesten Verhältnissen pro Kopf niemals unter 50 Thlr. bis 64 Thlr. im Jahr geleistet werden kann, und wenn Sie nun dagegen einen erwachsenen Mann mit seinen Nahrungsbedürfnissen, mit seiner Wohnung, mit allem, was an ihm hängt, auch mit seinen Genußbedürfnissen, die auch der Ärmste, der Bettler, hat, annehmen, so sage ich, es giebt keine ortsarme Familie, die für 140 Thaler erhalten werden kann; — und wer dem widerstreitet, hat keine Erfahrungen, hat keine Erfahrungen aus den großen Städten gesammelt, wo die armen Familien überhaupt nicht regelmäßig unterhalten werden, einige über Gebühr, andere gar nicht, und wo Selbstmorde aus Nahrungsorgen vorkommen, die bei uns auf dem Lande ganz unerhört sind. Also wenn dieser Maßstab ferner angewandt werden soll, so ist von Rechts wegen kein Mensch klassensteuerfrei,

kaum ein Ortsarmer, und nur die Kontingentierung schützt vor neuer Ausdehnung. Es sind das Rechnungsfehler, wie sie ja bei Berechnung des Einkommens der Lehrer und dergleichen auch vorkommen, weil da unpraktische Leute rechnen.

(Die Besteuerung landwirthschaftlicher Gebäude.) Der Abgeordnete Richter führt ferner die Gebäudesteuer an, mit der Frage, ob der Kanzler nicht wisse, daß landwirthschaftliche Gebäude von der Gebäudesteuer überhaupt frei seien. Ja, der Herr Abg. Richter irrt sich wieder und weiß seinerseits nicht, daß die Landwirthschaft Gebäudesteuer reichlich zahlt. Ich selbst zahle sie, ich weiß nicht wie viel. Ich bin überzeugt, es werden über 1000 Mark sein, die ich für Gebäudesteuer auf dem Lande zahle, lediglich für landwirthschaftliche Einrichtungen. Da müßte es keine Fiskalität geben. Unbewohnte Häuser, die mir gehören, die niederzureißen mehr Kosten machen würde, als die Steuer, die darauf steht, werden mir zu 500 Thaler Miethswerth eingeschätzt, verlassene, unbenutzte Fabrikgebäude, so lange sie nicht niedergegriffen werden, werden eingeschätzt. Aber was die große Hauptsache ist: alle Wohnungen werden besteuert. Wer kann eine Landwirthschaft treiben ohne Wohnung, ohne Menschen, ohne Arbeiter, also ohne Arbeiterwohnungen, und jedes Wohnhaus wird nach seinem angeblichen Miethswerth eingeschätzt, und da hat der wirkliche Werth sehr wenig mit zu thun, sondern der Werth wird abgeschätzt, wie in den östlichen Provinzen im Ganzen, soweit sie augenblicklich auf der fiskalischen Seite fungiren, immer fiskalisch gestimmte Taxatoren und fiskalisch thätige Einschätzer ihn annehmen. Denen ist es ganz einerlei, ob die Hütte eines Arbeiters in 10 Jahren verbessert ist in ihrem Werth oder nicht, sie beschließen: der Miethswerth ist gestiegen — er mag verschlechtert sein, das Gebäude mag verfallen sein, Sie mögen nachweisen, daß seit 15 Jahren kein Dachstroh angerührt ist — sie sagen doch, es ist besser, wie es vor 15 Jahren war; wir haben die Gebäude zwar vor 15 Jahren nicht gekannt und nicht gesehen, aber wir sollen so viel Steuern mehr herausbringen, und da wir hier quasi als Beamte stehen, so ist uns der Steuerpflichtige weniger nahe als der Fiskus — und auf die Weise bin ich zu meinem ängstlichen Erstaunen in meinen Besizungen vor einigen Jahren, während die Gebäude thatsächlich verschlechtert waren, um mehrere Hundert erhöht worden. Und dabei sagt der Herr Abgeordnete Richter, daß die landwirthschaftlichen Gebäude überhaupt frei sind, und wirft mir die Unwissenheit darin vor. Es würde für Herrn Richter eine recht angemessene Vorbereitung und bei der großen Begabung, die ihm bewohnt, auch für das ganze Land nützlich sein, wenn er im öffentlichen Interesse sich entschließen könnte, einmal ein einziges Jahr als Lehrling oder Gutsbesitzer aufs Land zu gehen, dann würde er zu anderen Erfahrungen und Ansichten kommen und würde in dergleichen Irrthümer nicht verfallen.

(Der Ursprung der Klassensteuer.) Der Herr Abgeordnete sagt ferner in seiner Bertheidigung der Klassensteuer:

In sämmtlichen Städten halten sich viele tausend Menschen nur in Schlafstellen auf, wechseln dieselben fortwährend, wo der Steuererheber sie nicht gleich findet.

Daraus würde ich gerade das Argument entnehmen, daß in großen Städten bei unseren heutigen Verkehrsverhältnissen die Klassensteuer überhaupt kein geeigneter Modus der Besteuerung ist, der Herr Abg. Richter aber nimmt dieses Argument als einen der Vorzüge der Klassensteuer an, die ihre Besteuereten nicht zu finden vermag, und daß die Besteuereten große Leichtigkeit haben, sich ihr zu entziehen, — auch kein pfandbares Objekt bieten — ich kann daraus nur einen Grund dafür entnehmen, daß er mir beistehen sollte, weil die Steuer nichts taugt.

Nachher sagt Herr Richter: Die „Klassensteuer ist bei uns nicht ein Rest der feudalen Vorzeit.“ Es kommt dabei nur darauf an, was man unter feudal versteht. Ich bin lange nicht so gelehrt und arbeitsam wie Herr Richter, aber so unwissend bin ich doch nach zwanzigjähriger Ministerzeit auch nicht, daß ich nicht wüßte, wie die Klassensteuer entstanden ist. Wenn ich sage „feudale Zeit“, habe ich mich damit dem Sprachgebrauch der Freunde des Abgeordneten Richter angepasst, der alles für feudal behandelt, was vor 48 existierte. Ich konnte mich prägnanter ausdrücken, wenn ich sagte: aus der Zeit des Absolutismus, aus der Zeit des Mangels an Verkehr und wirtschaftlicher Entwicklung, kurz und gut, aus einer vergleichsweise unvollkommenen Zeit; ich habe geglaubt, es den Freunden des Abgeordneten Richter geläufiger zu machen, wenn ich es mit feudal bezeichnete.

Sie trat auch nicht an Stelle einer Wahlsteuer, das ist ein Irrthum von dem Abgeordneten Richter, den ich auch nicht in eine vorwurfsvolle Frage kleiden will, denn in den Städten — um diese handelt es sich ja hauptsächlich, sie sind hauptsächlich durch die Klassensteuer überbürdet — in den Städten namentlich ist die Klassensteuer ganz unhaltbar, auf dem Lande ist sie haltbar, aber ungerecht; aber in den Städten wird der Herr Abgeordnete bei seiner kommunalen Thätigkeit mit mir wissen, daß sie ursprünglich nicht an die Stelle einer Wahlsteuer trat, „weil die Könige von Preußen, wie Friedrich der Große, nicht durch Steuern das Brot ihrer Unterthanen vertheuern wollten“, sondern daß die Könige von Preußen im ersten Anfange auch auf dem Lande eine Wahlsteuer — ich glaube, sie hieß Mühlensteuer, ich weiß es aber nicht gewiß — auferlegt hatten, aber ihre Finanzminister fanden, daß die Erhebung schwierig wäre, und hoben deshalb auf dem Lande die Wahlsteuer in der Zeit des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts wieder auf, um dort die Klassensteuer einzuführen. Ich weiß, daß in Schönhagen beispielsweise die Mühlensteuer kurze Zeit gezahlt worden ist; diese Steuer war aber mit der Kontrolle der Mühlen außerordentlich lästig, so daß sie wieder aufgehoben ist, um auf dem Lande der Klassensteuer Platz zu machen — daß aber die Wahlsteuer in den Städten von den Königen von Preußen nicht aus dieser Rücksicht aufgehoben wurde, wie hier gesagt ist, das wird mir der Herr Abgeordnete auch wohl zugeben.

(Ursache der Auswanderung.) Er bemängelt ferner meine Ansicht in Bezug auf Auswanderung; er sagt, die Auswanderer sind in der Mehrzahl Landarbeiter. Ja, meine Herren, das ist ja gerade das Charakteristische, worauf ich schon öfter aufmerksam

gemacht habe, daß die Auswanderung nicht ein Ergebnis der Ueberbevölkerung ist; denn gerade aus den überbevölkerten Landestheilen ist die Auswanderung die geringste; die Auswanderung ist bekanntlich am stärksten in den am wenigsten bevölkerten Provinzen, in der ersten Stufenleiter aber unbedeutend; vor Nr. 2 steht Westpreußen, dann folgt Pommern, Posen, und nur eine auffällige Ausnahme macht Ostpreußen. Daß da die Auswanderung geringer ist, kann ich mir garnicht anders erklären, als durch die heilsame Verwaltung der dort herrschenden Fortschrittspartei, die in ihrer Lebenswürdigkeit auf den litthauischen Gütern den Arbeiter an einer Auswanderung zu verhindern weiß. Sie hat ihre heilsame Wirkung auf Westpreußen, auch in der Zeit der Zugehörigkeit, nicht auszudehnen vermocht. In Westpreußen ist die Auswanderung außerordentlich viel stärker, der Ostpreuße hat ein besonders starkes Heimathsgedühl und hat vielleicht auch die Empfindung, daß er, sobald er den Kreis seiner Landsleute verläßt, nicht diejenige freundliche Aufnahme in fremden Kreisen findet, die man durch Lebenswürdigkeit zu gewinnen pflegt; zu Hause merkt er das nicht, da ist er unter seinesgleichen — aber ich kann es mir nicht erklären, es ist nur eine Vermuthung, die ich habe.

Warum wandern nun die Leute gerade aus diesen landwirthschaftlichen Provinzen aus? Weil diese Kreise keine Industrie haben, und weil die Industrie durch den Freihandel heruntergedrückt und erstickt worden ist, die da früher ziemlich lebhaft statthatte. Friedrich der Große hat sie sehr gepflegt, jede kleine Stadt in Pommern, Posen, Westpreußen hatte eine große Wollen- und Tuchindustrie, von der einzelne Reste noch bestehen: es sind da noch Wollwebereien, aber sie sind auch im Verfall. Den Provinzen Pommern, Posen, Westpreußen schließt sich an Mecklenburg, Schleswig-Holstein; Hannover ist sehr stark vertreten, weil es außerhalb einiger Zentren, namentlich der Stadt Hannover, wenig Industrie hat. In der reinen landwirthschaftlichen Bevölkerung ist die Laufbahn, die ein Arbeiter durchmachen kann, schnurgrade, ohne Abwechslung, er kann sie, wenn er 28, 30 Jahre alt ist, übersehen bis ans Ende, er weiß, was er verdienen kann, er weiß, daß er sich über den Stand, den er einnimmt, durch eine landwirthschaftliche Beschäftigung nicht aufschwingen kann.

Ich glaube, ich habe auch dies früher schon einmal gesagt; ich bitte den Herrn Abgeordneten Richter um Entschuldigung, aber ich glaube, es ist ziemlich in Vergessenheit gerathen, ich muß es doch wiederholen.

In der Industrie kann kein Arbeiter übersehen, wie er sein Leben abschließt, auch wenn er sich über das Niveau des Gewöhnlichen vielleicht nicht erhebt und keine Konnexion hat. Wir haben sehr viele Industrielle, die vom einfachen Arbeiter in einer oder zwei Generationen zu Millionären, zum mächtigen bedeutenden Mann aufgestiegen sind; ich brauche keinen von ihnen zu nennen, die Namen schweben auf Jedes Lippen, sie schweben aber auch auf den Lippen der Arbeiter. Die Industrie hat für den Arbeiter den Marschallsstab, von welchem man sagt, daß der französische Soldat ihn im Tornister trügte; das hebt die Hoffnung des Arbeiters und belebt sie, er braucht gar nicht Millionär zu werden. Aber die Industrie bietet

tausend Beispiele, wie ich sie bei den industriellen Einrichtungen der davon sonst unberührt gebliebenen Provinz Pommern selbst schon gesehen habe, daß der Mann, der als landwirthschaftlicher Arbeiter niemals über das gewöhnliche Tagelohn hinauskommt, in den Fabriken, sobald er mehr Geschick als Andere zeigt, in kurzer Zeit sehr viel höheren Lohn verdienen kann, schließlich Werkführer wird, und höher hinaufkommt; und für den geschickten Arbeiter, die ja oft als Autodidakten weiter kommen, wie die gelehrtesten Techniker, ist die Hoffnung, Associé seines Chefs zu werden, nirgend ausgeschlossen. Das hält die Hoffnung lebendig und steigert zugleich die Arbeitslust. Industrie und Landwirtschaft sollten sich decken und ergänzen; die Industrie ist der Verzehr der lokalen Agrarprodukte, die in einer öden Gegend die Landwirtschaft nicht absetzen kann, und wiederum ist der Landwirth, falls er Geld hat, der Abnehmer der Industrie. Ich glaube, daß der Mangel an einer Industrie, mit anderen Worten an Schutz der nationalen Arbeit, an Schutzzöllen ebenso sehr wie der Druck der direkten Steuern den Hauptgrund dafür abgibt, daß gerade die am wenigsten bevölkerten Provinzen die höchste Zahl der Auswanderungen haben. Es ist das Veröden der Hoffnung in dem Menschen, was ihn zur Auswanderung treibt, die *Terra incognita* der Fremde bietet ihm alle mögliche Hoffnung, er könnte dort etwas werden, wozu er es niemals bringen kann. Also darin liegt es, daß die Landarbeiter auswandern, weil sie in der Nähe keine Industrie haben und weil sie das Produkt ihrer Arbeit im Kleinen nicht verwerthen können.

Dann jagt der Herr Abgeordnete, gerade in Amerika giebt es keinen Schutz Zoll für die Landwirtschaft. Hat denn der Herr Abgeordnete den amerikanischen Tarif wirklich nie in seinem Leben gelesen? Meines Wissens ist der amerikanische Schutz Zoll gegen Einfuhr des fremden Getreides etwa das Vierfache von dem unsrigen, 2 Mark für den Centner, also ein Prohibitiv Zoll, während er bei uns eine halbe Mark beträgt. Ich weiß nicht, ob mein Herr College mein Gedächtniß darin unterstützen kann, es kann ja aber gleich nachgeschlagen werden, ich glaube nicht zu irren, und ich erlaube den Herrn Abgeordneten Richter, mich zu widerlegen, wenn es nicht richtig ist; mit voller Sicherheit behaupte ich nur, daß seine Behauptung, es bestände kein Schutz Zoll für die Landwirthe, irrig ist; ich kann nicht alle Zahlen in petto haben, ich habe als Material nichts weiter als diese mir vorliegende Rede. Ich glaube, es ist das Vierfache von unseren landwirthschaftlichen Zöllen, und das ist eine Thatsache, die ich bei Wahlwerbungen den Gegnern des Herrn Abgeordneten Richter empfehle, daß seine Ausführungen nicht so ohne Weiteres für richtig anzunehmen sind.

(Die Tabaksteuer-Prozesse.) Dann geht der Herr Abgeordnete über auf die Statistik der Tabaksteuer-Prozesse. Ja, dafür plaidirt er ja für das Monopol: wenigstens gegen die von Ihnen beschlossene Tabaksteuer; die abzuheben, da haut er in dieselbe Kerbe wie ich, indem ich sage, die jetzigen Tabakverhältnisse haben auf die Dauer viel mehr Schwierigkeiten für die Interessenten, mit alleiniger Ausnahme der 8000 beim Tabakhandel beschäftigten Köpfe, viel

mehr Schwierigkeiten für die Tabakinteressenten, wie das Monopol, und ich bin dem Herrn Abgeordneten sehr dankbar, daß er mir diese, mir bisher unbekannten Angaben gemacht hat, daß die Tabakprozesse von 2150 auf 15,940 gestiegen sind. Es wird wohl so nicht bleiben, es liegt auf der Hand, daß bei neuen Einrichtungen die Prozesse zuerst häufiger sind, und daß mit der Zeit das Augenmaß der Prozeßführenden schärfer wird; aber je mehr Prozesse, desto stärker ist der Beweis, daß das bisher nicht von der Regierung allein eingeführte, sondern von der Majorität des Reichstages beschlossene Tabaksteuergesetz manche Härten hat, von denen das Monopol frei ist.

(Die angeblichen Versprechungen des Kanzlers.)

Der Herr Abgeordnete hat ferner den häufig mir schon gemachten, tausendmal mir gemachten Vorwurf zum Tausend und einten Male wiederholt, ich hätte Versprechungen gemacht auf Grund der Gesetzgebung von 1879, die ich nicht erfüllt hätte. Nun könnte ich ja sagen, seit 1879 ist doch die Wirkung der neuen Zölle noch keine durchschlagende gewesen in so kurzer Zeit, organische Prozesse großer Völker gehen langsam; aber ich kann viel durchschlagender dagegen auftreten: ich habe gar keine Versprechungen gemacht, nie und nimmer, und das ist eine Unwahrheit, die ich auch schon widerlegt habe. Ich habe keine Versprechungen gemacht, ich habe Bitten ausgesprochen, ich habe gesagt, helfen Sie mir doch den Städten oder anderen Steuerbelasteten diese Vortheile zu verschaffen. Dieses Petitioniren bei dem Reichstage, dem Armen zu helfen, wird mir dann in eine Versprechung verdreht, die ich gemacht haben soll; wie kann ich etwas versprechen, was ich nicht habe? Ich kann die Gelder nicht schaffen, wenn sie nicht bewilligt werden, und jeden Versuch zur Beschaffung von Mitteln, wie z. B. den einer erhöhten Brauntweinconsumptionssteuer abzulehnen und dann zu sagen: der Kanzler hält seine Versprechungen nicht — da, wo der Kanzler nur gebeten hat: setzen Sie mich doch nur in den Stand, daß ich dergleichen versprechen kann — das ist eine Verschiebung der Verhältnisse, die von gewissen Bertheidigern, wie wir sie heutzutage vor Gericht kennen, wohl gemacht werden kann, aber hier nicht am Platze ist. Ich bestreite auf das Bestimmteste, daß ich jemals irgend Jemandem auch nur einen Pfennig versprochen habe. Ich habe gebettelt beim Reichstage: setzen Sie mich in die Lage, die Leute schadlos zu stellen; aber versprochen habe ich nichts. Ich habe den Wunsch, die Entlastung der direkten Steuern viel höher zu treiben — und diesen Wunsch habe ich geäußert — bis zu einem Einkommen von 2000 Thalern die Steuer wenn möglich abzuschießen, und von den direkten Steuern nur die höheren Klassen der Einkommensteuer als eine „Anstandssteuer“ beizubehalten. Treiben Sie diese zu hoch in den höchsten Klassen, so drücken Sie den Kapitalisten unter Umständen aus dem Lande hinaus — der Grundbesitzer muß ja bleiben, der liegt immer geschlagen an Gottes offener Sonne — aber der große Kapitalist geht entweder selbst heraus oder domizilirt durch ein einfaches Telegramm seine Kapitalien im Auslande. Und dann kann es mir ja nicht einfallen, diese gewaltigen Summen, die ich als wünschenswerth für den preussischen Steuerzahler betrachtet habe, nun von einer plötzlichen Ver-

2. Beilage zu Nr. 27 des Oeser Kreisblattes.

willigung des Reichstages zu erhoffen, sondern ich habe bloß geschildert, wie groß die Noth ist und daß es wohl der Mühe lohne, sie zu prüfen, ihr näher zu treten und sich zu bestreben, wie nahe man dem Ziele der Abhülfe kommen. Ich erinnere Sie daran, daß ich vorgestern ganz genau gesagt habe: erreichen können Sie dieses Ziel nicht, aber ihm näher kommen, es giebt die Richtung an, in der wir streben. Wie kann also der Herr Abgeordnete Richter so unmittelbar den Tag darauf mir unterchieben, als hätte ich die Gesamtheit dieser Erleichterungen sofort versprochen oder auch nur bestrebt?

(Die Verwendung der neuen Steuern und Zölle.) Der Herr Abgeordnete sagt ferner, in der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle verwandt werden sollten zu Steuer-Entlastungen. Nun, meine Herren, die Steuern und Zölle haben wir ja nicht allein verwandt, sondern wir haben uns verständigt mit den parlamentarischen Körperschaften, mit dieser und dem preussischen Landtag, über deren Verwendung. Diese parlamentarischen Körperschaften haben in ihrer Majorität diejenigen Beschlüsse gefaßt, nach denen jetzt verausgabt wird; sie haben die Ausgaben, die sie beschlossen haben, jenen vorgezogen, die sonst gemacht werden konnten. Wer also diese Ausgaben angreift, greift das parlamentarische System und die Majorität an, der ist ein Reaktionsär, indem er *laudator temporis acti* (Lobredner einer vergangenen Zeit) die Beschlüsse des Reichstags umstürzen will. Er will Reaction für den Freihandel treiben, die jetzt rite gefaßten Beschlüsse der Reichsgefeßgebung sucht er zu untergraben und anzufechten, als ob die Regierung ganz allein und willkürlich diese Verwendungen gemacht hätte, während sie geprüft und eingehend berathen sind, von Ihnen beschlossen. Die Herren sind in der Minorität geblieben und finden deshalb für gut, hier davon gar nicht zu sprechen, daß es sich um Parlamentsbeschlüsse handelt. Die von Ihnen sonst verehrte Majorität — sobald Sie sie haben, ist der Glanz der Majorität gar nicht hoch genug zu preisen, sobald Sie sie nicht haben, dann schieben Sie die Vertretung der Regierung zu, als ob sie durch willkürliche Akte Unheil angerichtet und ihre Versprechungen gebrochen hätte, als ob wir ein absolutes System in Händen hätten, von dem wir jederzeit Gebrauch machen könnten, und nicht an Parlamentsbeschlüsse gebunden wären. Ich weiß nicht, ob es wirklich nützlich ist für die Consolidation des Reichs, auf diese Weise dem leichtgläubigen Leser die Regierung stets als übelwollend, unfähig *toto die* (den ganzen Tag) darzustellen. Alle diese Aeußerungen des Herrn Abg. Richter würden wahrscheinlich unbesprochen ins Publikum gegangen sein, wenn mir nicht zufällig heute unter den Vorlagen beim Frühstück das Erste gewesen wäre diese Rede, und bei dem Interesse, was ich für den Herrn Abg. Richter habe, schon in stylistischer Beziehung, und um mir die Grenzen klar zu machen, bis wohin ein Abgeordneter sprachlich gehen kann und die er nicht überschreiten sollte, habe ich sie zuerst gelesen

und dann eben Zeit gefunden, auch noch meine Aeußerungen dazu zu machen.

Er sagt weiter: „Um diese Ausgaben alle zu decken, reichen fünf Monopole nicht aus.“ Da muß ich wiederholt daran erinnern, daß ich ausdrücklich selbst gesagt habe: sie können nicht auf einmal gedeckt werden. Es ist mir bloß darauf angekommen, die große Noth zu schildern, um dadurch, wenn auch nicht den Herren hier, aber doch im Lande, Klarheit über die Verhältnisse zu verbreiten, die Klarheit, die zu schaffen durch den Strife des preussischen Landtags verhindert wurde. Der Herr Abgeordnete kommt nachher nochmals zurück auf die Versprechen, die an die Communen gemacht, aber nicht erfüllt worden wären. „Der Reichskanzler exemplificirt auf 350 Procent Klassensteuer.“ Ist das etwa unrichtig? Die amtlichen Angaben, will er sie widerlegen? Die 350 Procent sind wirklich bezahlt und den Communen ist nicht ein Versprechen gegeben worden, sondern ich bin beim Reichstage als Bittsteller im Interesse der Communen aufgetreten, und haben Sie dann die Mittel, der Noth der Communen abzuhefen, versagt, so haben sie wirklich nicht das Recht, mir vorzuwerfen, als ob ich ein Wort von „Versprechung“ gesagt und nicht gehalten hätte.

Die evangelische Kirchensteuer habe ich gar nicht als etwas durch das Monopol zu Deckendes aufgeführt, sondern ich habe sie aufgeführt, als ein „*ante lineam*“ den Steuerzahler Belastendes, was vorher abgezogen werden muß von seiner Steuerkraft. Um so drückender aber wirkt, was übrig bleibt und durch das Monopol gedeckt werden kann.

„Von allen Ansichten für die Communen hat sich nichts erfüllt, dagegen ist die Gebäudesteuer höher veranlagt worden.“ Ich kann letzteres nur im höchsten Grade bedauern. Er widerspricht meinen Absichten und Wünschen. Ich halte die Gebäudesteuer für genau so ungerecht wie die Grundsteuer, ich bekämpfe beide Steuern nicht in ihrer einfachen Höhe, weil die Vermögenslage einmal geschädigt ist und ohne analoge Ungerechtigkeit nicht wieder gut gemacht werden kann. Ich bekämpfe die Grundsteuer nur als Grundlage und Maßstab für Zuschläge, weil sie mehr als das Vermögen trifft und die Schulden nicht abgezogen werden. Es ist genau so auch bei der Gebäudesteuer; da ist aber eine Erhöhungsklausel im ursprünglichen Gesetze, die ausgebeutet wird in fiskalischer Richtung, und ich bitte Sie, helfen Sie mir, zu verhindern, daß eine solche Erhöhung nicht wieder stattfindet. Ich halte die Steuer an sich für eine ungerecht veranlagte, gerade wie die Miethsteuer und die Grundsteuer, welche auf das wirkliche Vermögen keine Rücksicht nimmt und die Schulden davon nicht abzieht. Deshalb theile ich das Bedauern darüber vollständig.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, nach meinem Systeme würden die Städte von über 25 Millionen — es ist das wohl ein Druckfehler, es soll 25 Tausend heißen — Einwohnern nur 6 Millionen erhalten. Da hat es sich der Herr Abgeordnete sehr leicht gemacht, indem er meine gestrige Aeußerung nur

theilweise citirt, aber worauf ich den Hauptaccent gelegt, und was ich ganz *expressis verbis* (mit ausdrücklichen Worten) in Voraussicht der Entstellungen, denen ich ausgesetzt sein würde, gesagt habe, hat der Herr Abgeordnete verschwiegen und fallen gelassen. Ich habe, wie die Herren sich erinnern werden, hinzugefügt: für die großen Städte, welche in größerem Maße gezwungen sind, staatliche Bedürfnisse zu erfüllen, werde nachher mit Bewilligung des Landtags besondere Berücksichtigung stattfinden müssen. Hat der Herr Abgeordnete sich nicht erinnert, hat er nicht zugehört? Jedenfalls wird er sonst die Ungerechtigkeit wieder gutmachen wollen, die er mir dadurch zugefügt hat, daß er mich in seiner Rede angeklagt, ich hätte diese Ungleichheit nicht bemerkt oder nicht beachtet.

„Denn vor Kurzem hat noch der Herr Reichskanzler für die einzelnen Städte die Schlachtsteuer wieder einführen wollen.“ Das ist mir nicht erinnerlich. Ich habe es als Fehler behandelt, daß man die Schlachtsteuer überhaupt aufgehoben hat, und wenn sie wieder eingeführt würde, so wäre ich der Meinung, sie sollte allgemein wieder eingeführt werden. Wenn ich eine solche Uebersetzung habe, so komme ich jeder einzelnen Bewegung, die sich im Detail in der Richtung meiner eigenen Uebersetzung bewegt, bereitwillig entgegen und in dieser Beziehung bitte ich auch die Vertreter der Stadt Berlin, zu erwägen, daß sie diese Möglichkeit, eine Schlachtsteuer wieder einzuführen durch den Schlachtzwang, die sie schon verspielt hatte, nicht gehabt hätte, wenn ich nicht als preussischer Handelsminister fest auf ihre Seite getreten wäre in der damaligen Sitzung des preussischen Landtages; einer der wenigen Fälle, wo ich dort überhaupt das Wort ergriffen, ist der gewesen, wobei es sich handelte, der Stadt Berlin die Möglichkeit, für die Schlachtsteuer sich Ersatz zu verschaffen, wiederzugeben. Aber was ich in der Richtung thue, ich bin ja daran gewöhnt, daß das vergessen, ignoriert, niedergeschwiegen wird, und ich muß mir das gefallen lassen. Ich bin auch gegen das, was man gegen mich denkt, ziemlich abgestumpft, das werden Sie mir glauben nach der langen Zeit, wo ich demselben übelwollenden Regime nun schon ausgesetzt gewesen bin, unter dem ich jetzt Resignation lernen könnte, wenn ich sie nicht schon hätte; da werden Sie mir das wohl glauben.

(Die Nothwendigkeit neuer Einnahmen.)

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich lang werde und wiederum heute zu viel rede, aber der Herr Abgeordnete Richter ist auch lang gewesen, und ich kann die einzelnen Angriffe nicht in das Land laufen lassen. Ich habe zwar nicht die Mittel, an demselben Tage noch die Antwort auf den Herrn Abgeordneten Richter an die Provinzialpresse zu telegraphiren, denn ich habe keinen Einfluß auf die provinzielle Presse, nicht einmal auf die konservativen Blätter. (Lachen auf der Linken.) Meine Herren! Ist dieses Lachen wirklich ein Argument? Ich habe gefunden, wenn ich eine Sache sage, gegen die Sie nichts einwenden können, so lacht einer der Chorführer laut, und dann lachen Alle mit. Das ist das Signal, darauf folgt ein unartikulirter Ton, der soviel heißen soll: Der Kanzler sagt etwas Lächerliches, ich gebe das Signal — Tambourmajor! Meine

Herren, der Herr Abgeordnete Richter sagt, der Wähler würde es lieber sehen, ohne neue Steuer entlastet zu werden. Das glaube ich auch; aber hat der Herr Abgeordnete Richter das Geheimniß dazu erfunden? wo will er entlasten, wo will er die Ausgaben sparen oder die Einnahmen hernehmen? Wenn jeder Versuch, den die Regierung macht, neue Quellen zu öffnen, nicht etwa als Inskription zu Gegenorschlägen benützt wird, wenn er jederzeit an und für sich angebrachtermaßen abgewiesen wird, weil er nicht gefällt, so kann der Herr Abgeordnete Entlastung nur durch Verminderung der Ausgaben meinen. Nun hat er einen Luxus citirt, das ist der bauliche Luxus. Meine Herren, darauf habe ich wenig Einfluß, das müssen Sie an einer anderen Stelle vorbringen. Ich billige Luxusbauten auch nicht, ich bin für das häuslicherische System, das Friedrich Wilhelm I. bei uns in Preußen eingeführt hat, und meinetwegen führen Sie bei uns Regierungskasernen ein mit der strengsten spartanischen Einfachheit. Sie können sich da mit dem Herrn Abg. Reichensperger auseinandersetzen, ob er die ornamentale Baukunst in den Hintergrund schieben will. Ich habe dafür kein Interesse, mein Sinn ist auf das rein Praktische gerichtet, ich bin für das Aesthetische ein schlechter Beurtheiler. Im Hintergrunde steht bei Ersparungen schließlich immer die Verminderung des großen Militärbudgets. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß es uns in der Regierung Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob es den andern Ländern, die an uns grenzen und von denen unsere beiden großen Nachbarn, Frankreich und Rußland, jeder an sich mehr Truppen unterhält als das Deutsche Reich, ob es denen eine besondere Freude macht, oder was sie für Zwecke damit verbinden. Das habe ich nicht zu untersuchen, sondern nur die Thatsache, daß diese Millionen Bajonnette ihre polare Richtung doch im Ganzen in der Hauptsache nach dem Centrum Europas haben, daß wir im Centrum Europas stehen und schon in Folge unserer geographischen Lage, außerdem in Folge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind. Unsere Schwäche hat früher diese Coalition gefühlt, die Coalition der drei größten Continentalmächte der Zeit, Rußland, Frankreich, Oesterreich und das Deutsche Reich, gegen Friedrich den Großen — die kammigische Politik ist Ihnen ja bekannt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder erzeugen? Wir haben die Objecte, die Gegenstände der Begehrlichkeit für jeden unserer Nachbarn sein können, nach den verschiedensten Seiten, und wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Coalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre daran vollständig gescheitert ohne Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, ohne den leider heute nicht anwesenden Marschall hier, und ohne den Respekt, den wir einflößen, ohne die Abneigung, die man hat, mit unseren wohlgeheulten, intelligenten und wohlgeführten Bajonnetten anzubinden.

Thun Sie diesen Respekt aus der Welt, und Sie sind genau in der ohnmächtigen Lage von früher, so daß Deutschland für die anderen Mächte eine Art von Polen für die Theilung sein würde, was frucht-

bare Grenzprovinzen enthält, die Jedermann brauchen kann, und bei dem wenig ausgebildeten nationalen Sinn der Deutschen (Unruhe links) — warten Sie das Beispiel ab — giebt auch keine fremde Macht die Hoffnung auf, daß es mit anderen deutschen Landschaften gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutschsprechende, deutsch abstammende Leute so zu assimiliren, daß sie lieber die Vivree Frankreichs tragen mögen, als den Noth des freien deutschen Bauern.

Also an die Armee, meine Herren, rühren Sie nicht! Da sage ich Ihnen auch nicht bloß meine Meinung, sondern die Meinung der Majorität der Nation, da hört die Gemüthlichkeit auf. Probiren Sie's, Sie werden sehen, was daraus folgt.

Also ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete die Entlastung ohne neue Mittel eigentlich suchen will. Daß der Steuerpflichtige am liebsten gar keine Steuern bezahlt, und doch gut regiert und sicher beschützt und vor Fremdherrschaft geschützt werden will, das glaube ich gerne, aber wenn man einer solchen Theorie das Wort redet, dann sollte man überhaupt nicht Politik treiben.

(Die Abschaffung des Schulgeldes.) Der Herr Abgeordnete sagt ferner in Bezug auf das Schulgeld, schon sein Parteiprogramm von 1878 verlange dasselbe wie ich, seine Februarrede im Abgeordnetenhaus habe zuerst die Forderung der Aufhebung gestellt und „unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an“. Ich glaube, in unserem weiteren Benehmen ist doch ein erheblicher Unterschied. Der Herr Abgeordnete hat für die Abschaffung des Schulgeldes geredet und ich habe dafür gehandelt. Ich habe mich bemüht, wirklich der Aufgabe praktisch näher zu treten, die der Herr Abgeordnete so als theoretisch wünschenswerth hingestellt hat. Er kann dann später sagen: Ich habe davon geredet, damit war alles geschehen. Es ist gerade wie mit der Herstellung des Deutschen Reiches, alle die Herren, die jemals dafür geredet haben, die es als frommen Wunsch in die Welt geschickt haben, die sagen heut: wir haben es eigentlich gemacht. Gehandelt haben sie nicht dafür. Ich komme vielleicht auf das Thema noch einmal zurück und es ist ja möglich, daß nachher, wenn wir endlich dahin gelangen, den Lehrer anständiger zu stellen, und den Armen von den Schulkosten zu entlasten, daß dann ebenso wie jetzt die Herren, die in der Confliktzeit in der Fortschrittspartei waren, sagen: wir haben das Deutsche Reich gemacht, denn wir haben es in unserem Herzen getragen, daß ebenso der Herr Abgeordnete Richter sagt: ich habe den Lehrern dies verschafft, denn ich habe schon damals im Jahre 1878 das hingeschrieben: so muß es kommen; ohne meine Anregung wäre das nicht geschehen; der Kanzler hat sich Jahre hindurch die Lunge aus dem Leibe gesprochen und sich bemüht darum, das hat aber nichts geholfen; meine Rede war die Hauptsache.

Der Herr Abgeordnete spricht ferner von einem Steuerzuschlag auf die Kapitalrente. Da überrascht mich nur das Hört! Hört! daneben. Es ist ganz natürlich, daß wir darauf zurückkommen können, und in Ermangelung anderer Mittel, darauf zurückkommen müssen, denn das ist die einzige direkte Steuer, die wir

überhaupt noch auflegen können, daß wir das fundirte Einkommen, welches bloß durch Couponschneiden erworben wird, höher besteuern, wie das mit der Arbeit des Geistes, der Hände und der Feder oder des Kapitals durch Gefahr und Risiko mühsam verdiente und unsichere. Also verstehe ich nur das Hört! nicht.

(Die Verstaatlichung der Eisenbahnen.) Der Herr Abgeordnete sagt ferner, unser ganzes gegenwärtiges Finanzsystem sei eine Folge des großen Staatsbahnsystems und der Vermehrung der indirekten Steuern. Ich weiß wirklich nicht, was das Staatsbahnsystem damit zu thun hat. Einzig und allein doch vielleicht das, daß wir seitdem in dem preussischen Budget einen Einnahmetitel haben, den wir früher zwar kannten, aber niemals in der Höhe, mit der Sicherheit; daß wir eine große Vereinfachung unseres Eisenbahnsystems überall haben, und soviel ich höre, nach Anerkennung aller beteiligten Interessen und des Publikums eine wohlgeschultere und höflichere Verwaltung als früher. Das ist freilich zum großen Theile das Verdienst der ausgezeichneten Persönlichkeit, die an der Spitze der preussischen Eisenbahnverwaltung steht und die wir nicht immer zu haben rechnen dürfen, die wir aber deshalb schonen und deren Verbrauch durch Arbeit wir nicht steigern sollten dadurch, daß die empfindliche Ehrliche, die jeder Mann von Verdienst hat, bei jeder Gelegenheit in irgend einer Form gekränkt wird.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine der richtigsten Maßregeln gewesen, die wir überhaupt ergriffen haben. Es war eine — der Herr Abgeordnete hat das Thema angeschlagen, ich muß also auch darauf eingehen — es war das früher eine Einrichtung, ursprünglich hervorgehend aus dem Mißtrauen gegen den Werth der Eisenbahnen, welches mir noch erinnerlich ist aus den Zeiten des Ministers v. Bodelschwingh, ich meine nicht des letzten, Ihnen bekannten Finanzministers, sondern des älteren Bodelschwingh. Wie die Anhalter Bahn gebaut werden sollte, da waren gleichzeitig drei Projekte, eins nach Magdeburg, eins auf Leipzig, eins auf Dresden vorliegend, und die damalige preussische Regierung erklärte: wir haben die sichersten Beweise durch unsere Kenntniß des Güterverkehrs, daß kaum eine einzige Bahn in diesen drei Richtungen überhaupt nothdürftig das Leben haben wird und die wird auch Bankrott machen, wenn der Herzog von Anhalt nicht die Elbbrücke baut. Wir zwangen also diese drei Linien, sich in diesem unsörmlichen Ding, was damals in Kofslau mündete, zu fusioniren und wir sind lange Zeit auf demselben Anhalter Bahnhof nach Magdeburg und nach Leipzig und auf dem ungeheuerlichen Umwege nach Dresden gefahren. In Folge solcher Anschauungen hat Preußen damals das ebenfalls dem absoluten, ja dem französischen Feudalstaate angehörige System, die Eisenbahn-Privatmonopole aufkommen lassen. Jede Eisenbahn ist in ihrem Bezirke, sobald sie praktisch eingerichtet, ein Monopol, es kann Niemand gegen sie aufkommen, jede andere Verkehrsanstalt muß eingehen, dann ist sie Generalpächterin der ganzen Verkehrsinteressen der ganzen Landschaft, um die es sich handelt, eine grade so schlimme Institution, wie sie unter dem alten französischen Regime

stattand, daß den Generalpächtern, die eine gehörige Pacht dafür gezahlt hatten — während unsere Bahnen die Ausbeutung gratis privilegiert erhielten — daß denen die Ausbeutung einer Provinz mit dem Gesetze in der Hand überlassen wurde, und je nach ihren Privatinteressen ihnen die Berechtigung zuerkannt wurde, ihre Dividenden so hoch als möglich zu schrauben ohne Rücksicht auf das Volk und seinen Verkehr. Das war das System der Privatbahnen, und durch die Verstaatlichung haben wir dem Staat wiedergegeben, was ihm gebührt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, in Anknüpfung an das, was ich vorgestern sagte, daß wir auch die Privataktiengesellschaften in der Politik dazu bewegen werden, die Hand dazu zu bieten, daß auch die Politik des Deutschen Reiches wieder verstaatlicht wird. Der Abgeordnete hat nachher, wie der Abg. Bamberger in seiner vorgestrigen Rede, schließlich gegen das Monopol, namentlich unter dem Druck der Autorität seines Freundes und Gesinnungsgegnossen Leroy-Beaulieu, eine gewisse Weichheit gegen das Monopol documentirt; es sagt auch der Abg. Richter: Auf ewige Zeiten verwahrt sich der Abgeordnete nicht gegen neue Steuern, und das ist nur wieder ein anderer Ausdruck für das Wort: „Diesem Ministerium keinen Erfolg, oder: diesem Ministerium bewilligen wir kein Geld — wenn wir daran kommen werden, und darauf rechnen doch die Herren, würden wir neue Steuern einführen, wir wollen uns das nicht enthalten lassen, wir hätten dies auf ewige Zeiten abgefragt. Wir wollen das abwarten.“ Es thut mir leid, daß ich nicht in der Lage bin, darüber zu verfügen. Wenn ich das Unglück hätte, mit der höchsten Autorität in diesem Lande bekleidet zu sein, hätte ich Sie schon vor drei Jahren zur Regierung berufen, um Sie operiren zu sehen. Also: „nicht auf ewige Zeiten“ — das ist doch schon etwas. Wie lange der Herr Abgeordnete rechnet, etwa bis zum nächsten Jahre, das weiß ich nicht.

(Das Verwendungsgesetz im Landtage.) Dann ist der Vorwurf wieder gemacht worden, daß das Verwendungsgesetz zu spät vorgelegt wurde. Indem der Herr Abgeordnete die Verteidigung des meines Erachtens gar nicht zu verteidigenden preussischen Landtags übernimmt, sagt er: „Erst am 14. März, zwei Monate nach dem Zusammentritt ist dem Landtage das Verwendungsgesetz zugegangen, und die Regierung hat volle 14 Monate gebraucht, um es auszuarbeiten.“ Ja, meine Herren, die Regierung, das geht schon aus dem Namen hervor, die hat doch auch noch einige andere Geschäfte, außer Gesetzesvorlagen zu machen, und sie hat auch ab und zu, da sie auch aus Fleisch und Blut besteht, ein gewisses Bedürfnis der Erholung. Die Unmöglichkeit, Sachen rasch zu Stande zu bringen, geht in Preußen schon aus dem Zustand hervor, den Sie als Palladium der Freiheit betrachten, daß das Staatsministerium ein per majora abstimmandes Collegium ist, welches unter gegenseitigen Repliksen, Dupliksen und Quatrupliksen unter gelegentlicher Einwirkung Seiner Majestät sehr allmählig und schwierig mit seinen Entschlüssen zu Stande kommt. Der Ministerpräsident hat nichts zu befehlen in Preußen, er hat nur zu bitten und zu vermitteln. Im Reich ist es anders, da habe ich schließlich die Berechtigung, wenn die Gründe der

Reffortchefs mich nicht überzeugen, so, wie der Ministerpräsident in England sie hat, wie sie bei uns ein Staatskanzler hatte: das Recht der Entscheidung, da werden auch solche Verschleppungen nicht vorkommen; aber es kommt bei preussischen Vorlagen vor, daß wenn man glaubt, die Sache wäre fertig, ein Separatvotum eingeht mit einem untergeordneten oder einem prinzipiellen Bedenken. Das muß erledigt werden, wir können die Herren nicht ab und zur Ruhe verweisen, das circulirt, da wird gegen votirt, und die preussische Maschine arbeitet so nothwendiger Weise langsamer, als die Reichsmaschine. Ich bestreite aber, daß am 14. März die Herren nicht volle Zeit gehabt hätten, doch wenigstens einer Prüfung näherzu treten. Die Reichstagsitzungen haben in pleno doch erst nach Pfingsten begonnen, ich weiß nicht mehr das Datum, ich glaube, 21. oder 26. Mai. (Zuruf.) Also 6. Juni. Nun, sollte vom 14. März bis 6. Juni nicht dennoch Zeit gewesen sein für den preussischen Landtag, wenigstens einige Sitzungen der Prüfung des wirklich sehr bedeutenden Materials zu widmen, welches die Regierung ihm vorgelegt hatte? Wenn nicht andere Gründe obgewaltet hätten, als bloß der äußerlich vorgewandte der Entrüstung über „Verletzung der Würde“, und die Parallelsitzung, ich glaube, sachlich hätte man vollständig Zeit gehabt, und ich muß also die Behauptung des Zuspätvorgelegtwerdens bestreiten. Ich erinnere die Herren daran, daß wir in früherer Zeit im Juli, August und im September gesessen haben, — Diejenigen, die alt genug sind, um mit mir noch des vereinigten Landtags zu gedenken — wir waren im Sommer beisammen. In der Zeit von 1848 bis in die ersten fünfziger Jahre wurde nach der Jahreszeit nicht gefragt, und wir haben im August hier gesessen, im September und auch im Juli, und das war die Verpflichtung, die wir mit der Wahl übernommen hatten.

Nun aber wird schon am 14. März auf „Nicht beschließen“ hingearbeitet und gesagt, wir haben nicht mehr Zeit, wir können nicht mehr, und man läßt die Zeit verfließen, bis es wirklich recht warm und recht hüßliches Wetter und die Unlust außerordentlich groß geworden ist, wenn namentlich alle Landwirthe Freude am Wachsen ihrer Ernten zu Hause haben — gerade das Datum des 14. März, das der Herr Abgeordnete anführt, ist ein recht selbstmörderisch schlagendes Argument gegen ihn und seine Freunde, daß noch vollständig Zeit war.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, wir hätten das Gesetz selbst zurückgezogen; „der Reichskanzler hat auf die §§ 1 und 2 eine Antwort bekommen!“ Der Reichskanzler ist in Preußen gar nicht vorhanden, und es ist das wieder darauf berechnet, daß die meisten Herren das Verwendungsgesetz nicht kennen und das Publikum nicht weiß, daß die §§ 1 und 2 überhaupt das ganze Verwendungsgesetz sind, welches damit abgelehnt worden war. Was ist für eine *Laterna magica*, Schatten an der Wand erscheinen zu lassen, dem Publikum zu sagen: Zwei Paragraphen haben wir abgelehnt, dann hat die Regierung die Vorlage selbst zurückgezogen. Diese zwei Paragraphen waren eben das Essentielle des ganzen Gesetzes und die Verathung über die anderen Paragraphen wäre eine frivole Zeitverschwendung gewesen, über die

Sie sich wirklich hätten beschweren können. Also hier zeigt sich nur die Absicht, einen unrichtigen Eindruck auf die Wähler zu machen. Das Bedürfnis zu berathen, lag auf Seite der Regierung, das Bedürfnis, die Sache todt zu schweigen, lag auf Seite derjenigen, die es für nützlich halten, daß steuerlich weiter exekutirt und die Unzufriedenheit nach Möglichkeit gesteigert werde. Unsere Aufgabe ist es, diese Tendenz nach Kräften zu bekämpfen.

(Schwierigkeit, mit einem Parlament zu regieren.) Der Herr Abgeordnete sagt: „Es zeigt sich, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren.“ Ja, meine Herren, trifft das bloß mich? Sehen Sie nach England, ist es dort etwa leichter geworden in diesem Musterstaat, mit dem Parlament zu regieren? Sehen Sie, was mein verehrter Colleague, Herr Gladstone für Schwierigkeiten hat, und sehen Sie, wie in jenem Lande die parlamentarischen Schwierigkeiten sich in Mordthaten, in Gewehr- und Pistolenschüsse und Verstümmelungen von Pächtern übersezt. So schwierig ist es bei uns noch nicht geworden, wir leben noch in Ruhe und Frieden, und ich glaube, wir können, wenn wir die Verhältnisse rundum in Europa vergleichen mit dem, was die deutsche und preussische Regierung, der ich seit zwanzig Jahren angehöre, geleistet hat immer noch zufrieden sein.

Sehen Sie nach Frankreich! Ist es dort leichter geworden, mit dem Parlament zu regieren, als es früher war? Früher war das in England kinderleicht, so lange nur zwei Parteien dort waren, die Whigs und die Tories, Beide interessirt an der Erhaltung der Maschine, die stimmten und zählten unter einander ab; wer die Majorität hatte, regierte.

Ich habe schon auf dem vereinigten Landtag im Jahre 1847 das Gefühl gehabt, daß diese Einrichtung schwierig werden würde, sobald es mehr als zwei Parteien, wenn es auch nur drei Parteien sind.

Jetzt sind es vier Parteien in England, es wird also nothwendig sein, ein Coalitionsministerium zu bilden, das zu einer einheitlichen Politik aus dem Grunde niemals im Stande sein wird, sondern die Parteien, die in demselben vertreten sind, werden sich gegenseitig Concessionen machen müssen.

Die Torypolitik hatte die Majorität nicht mehr, die Whigs hatten sie an sich auch nicht, wie sie dieselbe sonst den Tories gegenüber früher öfter gehabt hatten, ohne Zustimmung der dritten Partei, der Radikalen, und der vierten Partei, der irischen Katholiken. Ich weiß nicht, ob diese Herren mehr Irländer oder mehr Katholiken sind — ich habe nicht unter ihnen gelebt — ich glaube aber das erstere, daß sie eben aus nationalen Gründen widerstreben. Jetzt ist eine Regierung in England schwer zu führen, die nicht die über 100 Köpfe zählenden irischen Deputirten für sich hat; in Folge dessen ist der parlamentarische Mechanismus in England auch nicht mehr im Stande, in seiner ursprünglichen Reinheit le jeu de nos institutions (das Spiel unserer Institutionen), wie der Franzose mit Stolz sagt — zu fungiren.

Von Frankreich will ich nicht sprechen, da ich keinen Beruf habe, dort Anlaß zu Empfindlichkeiten zu geben; in England fürchte ich dergleichen nicht, man kennt meine

Gefinnung für England, und ich habe auch nichts gesagt, was nicht frei auszusprechen wäre.

Sehen Sie sich doch weiter um, bei dem uns so eng befreundeten Oesterreich-Ungarn — ist es denn da leichter geworden, mit den Parlamenten zu regieren? Die sogenannten „Herbstzeitlosen“ unter den Deutschen in Oesterreich haben die Möglichkeit der Regierung, mit den Deutschen zu gehen, ruiniert, aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern behauptete, daß eine Parteiregierung bei uns unmöglich ist: einmal, weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei stets unter dem Eindruck der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung steht. Diese Fortentwicklung findet nothwendig in der Richtung ihres Extremis statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine conservative Partei wird der Gefahr der Reaction immer unterworfen sein, wenn sie länger regiert, es wird sich immer einer finden, der noch in conservativer Richtung weitergehende Theorien aufstellt und für die er, wie für alle Extreme, leicht die Menge der Parteiwähler gewinnt. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den anderen überbieten in Liberalismus — so ist es in Frankreich gegangen seit 1789, so ist es in England gegangen seit der Reform — und der Ueberbotene wird immer Unrecht bekommen und die Neuwahlen brauchen gar nicht mit Kanfuss bearbeitet zu werden, wie bei uns und in England, sie werden von selbst sich schon dem, der mehr als der Frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei — und so ist es auch der deutschen Partei in Oesterreich, in Cisleithanien ergangen — durch die Maßlosigkeit doktrinäer Forderungen der extremen Parteigenossen schließlich in die bedauerliche Lage kommen, daß sie die Dynastie nöthigt, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, eine Dynastie, die in Oesterreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Rationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesammten Reiches sehen mußte.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbst'schen Partei in Oesterreich — der „Herbstzeitlosen“ nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — sich doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Uebergebot schon ruiniert hat. Deshalb sage ich, ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit in der Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr als Andern eigenthümlich ist, und in dem Druck der Wahldämpfe, die künstlich geschürt werden oder von unten aufsteigen, ruiniren. Bei uns kann nur parteilos regiert werden.

Also so viel über die Schwierigkeiten, mit einem Parlament zu regieren. Der Vorwurf trifft mich einigermaßen ungerecht. Wo haben Sie denn einen Minister, der 20 Jahre lang am Ruder geblieben ist? Bei uns ist er nicht vorgekommen, im Auslande noch viel weniger. Wenn ich so beschaffen wäre, daß ich über-

haupt mit einem Parlament nicht regieren und leben könnte, daß mit mir nicht auszukommen wäre — ich habe Parlament und Verfassung vorgefunden, als ich in den Dienst eintrat — so darf ich wohl kühn behaupten, ich hätte es auf eine so lange Zeit nicht gebracht. So ganz untraintable kann ich also nicht sein; und ich glaube auch hier durch das einfache Faktum, daß ich so lange an der Spitze der Geschäfte des Vaterlandes gestanden habe, nachgewiesen zu haben, daß der Abgeordnete Richter mir Unrecht gethan hat, indem er sagte, ich könnte mit einem Parlament nicht regieren. Mit einem Parlament von Richtern, mit einem Parlament, in welchem der Abgeordnete Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. „Auch die Spur einer Selbstständigkeit, einer selbstständigen geschäftlichen Behandlung verträgt er nicht!“ Verträge ich nicht jede Ablehnung? Wie viel Ablehnungen habe ich mir schon geholt? Der Abg. Bamberger hat gesagt, das Feld wäre mit Trümmern abgelehnter Vorlagen bedeckt, — gegen wen spricht das? Es ist die Frage: waren die Vorlagen vernünftig, so ist es eine Niederlage für denjenigen, der sie abgelehnt hat, waren sie unvernünftig, so ist es gut, daß durch die Ablehnung der unrichtige Weg, auf dem die Staatsregierung gegangen ist, mit einem Schlagbaum geschlossen ist. Darüber sollten Sie doch schweigen. Es ist das natürliche Ergebnis constitutionellen Lebens. Sie schlagen ja Ihrerseits gar nichts vor, Sie haben die Initiative der Gesetzgebung, warum haben Sie nie ernsthaft davon Gebrauch gemacht? Die Fälle sind gegenüber den 1000 Vorlagen der Regierung zu zählen. Aber außerordentlich bequem, die Regierung immer sozusagen herauskommen zu lassen, sich in die Hinterhand zu setzen und alles anzugreifen, herunterzureißen und zu bekritteln mit Weglassung von notwendigen Argumenten, die für die Regierung sprechen, von dem, was die Regierung irgend vorgebracht hat, nach dem Prinzip: ich habe keine Meinung, so lange die Regierung keine ausspricht; sobald sie sich ausspricht, werde ich eine haben und werde ihr dann widerprechen. Wozu haben Sie die Initiative? Wie können Sie es vor Ihren Wählern verantworten, daß Sie von Ihrer Initiative niemals Gebrauch machen, sondern sich bloß aufs Abwarten, aufs Vigiliren, auf die Hinterhand legen, um zu warten, welche Farbe die Regierung ausspielt, um dann das Gegenspiel zu ergreifen. Damit können Sie eine Regierung ermüden und dadurch würde Jemand, der weniger von der Hingabe für vaterländische Zwecke getragen wird wie die jetzige Regierung, ermüdet werden, zunächst schon einfach mit dieser Zwischmühle, die der Abgeordnete Richter wieder angeführt hat: „niemand sollte Verwendungszwecke festsetzen, ehe die zu verwendenden Summen vorhanden seien“, und auf der anderen Seite: „Man hat sich geweigert, das Fell des Bären zu theilen, der noch nicht geschossen ist, und wir weigern uns, im Reichstage den Bären zu schießen.“ Ja, dann mögen Sie doch ein anderes Jagdobjekt vorschlagen, oder Sie bestreiten, daß wir überhaupt eine Vorlage brauchen. Das ist also die Frage, die uns künftig beschäftigen wird, die Frage des Bedürfnisses, und auf dem Felde erwarte ich Sie; es wird immer das dem

Herrn Abgeordneten Richter so unangenehme Gespenst des preussischen Exekutors sein, welches uns auf diesem Felde immer wieder begegnen wird. Aber ich mache nur darauf aufmerksam: wäre es nicht wirklich des preussischen Landtags und des Reichstags würdig, daß, wenn sie der jetzigen Regierung, die sich abquält, Ihnen Vorlagen zu machen, jede Concession verweigern, Sie endlich Ihrerseits einmal eine Aenderung machen, wohin Sie wollen? geben Sie uns in dieser Richtung etwas, daß wir es thun, oder daß Sie sich vor dem Lande mit der Erklärung von der Verantwortlichkeit hinstellen: Wir halten die jetzigen Zustände so vorzüglich, wie Candide die Zustände der Welt hielt, und wollen sie in Ewigkeit beibehalten und werden diesem Ministerium, so lange es regiert, nicht gestatten, daß es auf der erstrebten Bahn einen Schritt vorwärts kommt. Das wollen wir nur vor der Bevölkerung klar stellen. Der Wähler ist ja bisher über die Frage, wen er wählt und wofür, vollständig im Dunkel, er erfährt ja gar nicht, was hier verhandelt wird; er liest nur seine Presse, und da giebt Jeder nur das, was seine Partei gesprochen hat, da herrscht die Agitation der Fraktionen, deren Interessen stehen voran, die Gründe der Regierung bleiben unerwähnt.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir eine Intention untergeschoben, die ich nicht habe und auch nicht kundgegeben, nämlich den Mißbrauch der Auflösung. Er hat gesagt, ich würde so lange auflösen, bis der Landtag zu Kreuze kriecht. Meine Forderung an den Landtag ist viel constitutioneller; ich sage: der König hat das Recht und wird von diesem Rechte so lange Gebrauch machen, ihn aufzulösen, bis der Landtag auf die Frage, die vom Könige vorliegt, eine Antwort mit Ja oder Nein giebt. Fällt diese Antwort mit Nein aus, so wird der König sich vor der Verfassung beugen und sagen: Sie haben das Recht abzulehnen und die Verantwortung für Ihre Ablehnung. Sie haben das Recht abzulehnen oder zu bewilligen, ich bedauere Ihre Ablehnung; aber wegen solcher wird man nicht wiederholt auflösen. Aber den Landtag, der Strike macht, wird man mit dem Beifall der ganzen Bevölkerung dauernd auflösen und die Regierung hat ein Recht, die Meinung des Landes durch dessen Vertreter zu erfahren, und eine parlamentarische Versammlung, die aus Parteidrücksichten, weil ihr die Besprechung der Sache unangenehm ist, weil sie fühlt, daß ihre Sache, die sie dabei vertritt, eine schwache ist, die deshalb die Discussion todtschweigen und verhindern will, die wird fünfzigmal aufgelöst werden können, ohne daß man constitutionelle Prinzipien verletzt. Ein Recht auf Aeußerung, auf „Ja“ oder „Nein“ haben wir, wir verlangen nur, daß geprüft wird. Sobald der preussische Landtag seinerseits auch ablehnt, das habe ich ja schon gesagt, dann ist die Sache fertig, dann haben wir weiter nichts zu thun, und ich habe noch hinzuzufügen, daß mir persönlich das nicht unangenehm sein wird.

(Die preussische Armee und die deutsche Frage.) Der Abgeordnete hat ferner gesagt:

Woraus ist denn in Preußen der Conflict entstanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeresorganisation nicht eine direkte Antwort gegeben hat.

Das bestreite ich; der Conflict ist entstanden dadurch, daß eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich ihrerseits in Conflict setzte mit dem Geiste und Beruf der preussischen und deutschen Nation. Die Thatsache war, daß der König mit seinen Vorlagen die nationale Sache vertrat, der König mit seiner Armee-Organisation, und daß der König lediglich aus parlamentarischer Machtluft, aus Parteitaktik bekämpft wurde. Dieselben Herren sagen, sie wären von Anfang an für das Deutsche Reich thätig gewesen, und sie hätten eigentlich das Verdienst, daß es überhaupt zu Stande gekommen, und sie hätten den Gedanken zuerst gehabt. Das letztere, die Priorität, ist einmal nicht da. Wer hat 1813 und 1815, in der ganzen Zeit seither, das Deutsche Reich nicht gewünscht? Vielleicht kaum ein reaktionärer Heißepporn, wie mir kaum einer bekannt ist; denn selbst ich, ehe ich durch die Erbitterung über die Barrikaden von 1848 beeinflusst wurde, kann doch viele Zeugnisse aus meinem früheren Leben dafür anführen, daß mir eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat. Diejenigen Herren, die jetzt behaupten, sie hätten die bestehende gemacht, die haben stets fromme Wünsche in ihrem Herzen gehabt, ich habe mich praktisch ans Werk gelegt, diesem Wunsch Folge und Erfüllung zu bieten; Sie haben gerade das Gegentheil von dem, was für jeden praktischen und klaren Kopf nothwendig war, gethan, um die Neubildung des Deutschen Reichs herbeizuführen. Wer auch nur die Anfangsgründe der Politik je berührt hat, der mußte sich sagen, daß ohne die preussische Armee, und eine starke preussische Armee, der deutschnationale Gedanke sich gar nicht verwirklichen ließ, und ohne daß der König von Preußen ihn sich aneignete; und die Aufgabe lag nicht darin, Reden auf der Tribüne zu halten und zu überzeugten Leuten zu sprechen, sondern sie lag darin, die Zustimmung des Königs von Preußen zu den allein praktischen und durchschlagenden Maßregeln zu gewinnen und dem König von Preußen eine hinreichend starke Armee in die Hand zu geben, daß er sich zum Vollstrecker der nationalen Bedürfnisse machen konnte. Auf diesen Gedanken, meine Herren, ist keiner von Ihnen gekommen; Jeder von Ihnen hätte 1862 an meiner Stelle Minister werden und beim Könige vielleicht noch bessere Aufnahme finden können, wie ich, da damals der Herr mich für zu reaktionär hielt, um mir das volle Vertrauen sofort in die Hand zu geben. Aber wer von Ihnen hat überhaupt irgend nur einen Gedanken in der Richtung geäußert? Wer hat nun den Wunsch ausgesprochen, Preußen soll eine starke Armee haben? Sie haben gesucht, diese Armee zu zerbröckeln, zu untergraben, zu einer Miliz zu machen, mit einer zweijährigen Dienstzeit und einer noch kürzeren; wenn wir forschen in den damaligen Reden, werden wir die Berufung auf amerikanische Zustände finden, auf die Miliz. Glauben Sie denn wirklich, daß man damit das hätte machen können? Sie sind damit auf dem Holzwege gewesen und haben gerade am unrechten Ende die Sache angefangen; das, was Ihnen helfen konnte, die preussische Armee, haben Sie bekämpft und unterdrückt, Sie haben den Offizier gehaßt und angefeindet. Ich erinnere an die Zeit von Sobbe und Pucki und dergleichen Erscheinungen, wie die Presse dergleichen Sachen eifrig

aufnahm, wie sie die Vergehen Einzelner dem Stande zur Last legte. Lesen Sie die Presse von damals; wie ist die Armee verhöhnt worden, die allein der Träger des nationalen Gedankens schließlich geworden und geblieben ist. Es war damals immer die Rede vom Professor und Presse auf der einen Seite und Armee auf der anderen Seite, und das erste, was man bei meinem ersten Auftreten als Minister von mir sagte, war etwas, was mir sehr schmeichelhaft war, man sagte mir: dem sieht man auf den ersten Blick an, der ist nichts, wie ein preussischer Offizier in Civil. Ich habe das Anerkenntniß dankend angenommen und das Gefühl als preussischer Offizier, wenn ich auch nur die äußerlichen Kennzeichen davon habe, trägt mich noch höher auf der Woge der nationalen Bestrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgend eine parlamentarische Attribution, die ich hier ausübe.

(Das Fraktionswesen.) Ich muß nach der Reihenfolge des Zeitfadens gehen, den ich hier habe.

Da wird gesagt: „Der Reichstanzler war nicht immer gegen die Fraktionen. Ja, meine Herren, das kommt sehr auf die Fraktionen an. Gegen die Fortschrittsfraktion, das Zeugniß muß mir doch der Herr Abgeordnete geben, bin ich seit 20 Jahren so stetig, wie eine Magnetnadel immer gewesen, und die Gefahr, die uns von Seiten der Fortschrittspartei, von Seiten dieser in ihrem Herzen streng royalistisch-republikanischen, unbewußt republikanischen . . . Ja, meine Herren, Sie kennen sich selbst nicht, das ist aber doch die erste politische Regel.

Sie kommen nothwendig dahin. Die Leute zur Zeit Mirabeau's haben auch nicht geglaubt, zur Republik zu kommen, und ich weiß noch mehr fremde Staaten, wo die Machthaber und Radikalen es heute noch nicht glauben und den Gedanken mit Entrüstung zurückweisen; Sie werden es vielleicht noch erleben, daß auch in anderen Ländern das noch vorkommt. Was die geschichtliche Entwicklung und Beobachtung anlangt, können Sie meinem Urtheile immer einigen Glauben schenken, wenn ich auch hier in Deutschland nie auf das Maß von Vertrauen Anspruch machen werde, was man mir im Auslande schenkt.

Also es kommt immer auf die Fraktionen an. Ich bin nur gegen den Gedanken, daß die Fraktion etwas anders sei, wie das Instrument und der Weg, sein patriotisches Interesse für die Gesamtheit zu betheiligen, und daß die Fraktion jemals Selbstzweck wird, und ich habe die Befürchtung ausgesprochen, daß wir auf dem Wege sind, daß der Fraktionsgedanke den Reichsgedanken verdunkelt, daß wir die allgemeinen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren, hauptsächlich wegen der deutschen Eigenschaft: der Korpsgeist, wie wir ihn auf den Universitäten haben, daß der Kampfes-zorn zwischen den verschiedenen rivalisirenden Parteien zu heftig geworden ist. Gerade so, wie wir in Deutschland sehr viel Schwierigkeiten haben, Zwistigkeiten zwischen den Regimentern einer Garnison zu verhindern, die verschiedene Uniform oder nur verschiedene Lederzeug tragen — wer Soldat gewesen ist, weiß, daß der Deutsche sofort bereit ist, *bande à part* zu machen und mit großer Erbitterung gegen den Partei zu nehmen, der nicht dieselben Knöpfe an der Uniform trägt, der dem Vaterlande auf eine andere Weise zu

dienen glaubt, wie er selbst. Die Zwecke der Fraktion bekämpfe ich ja gar nicht, nur die zornigen Auslassungen, die es nicht zulassen, eine Verständigung untereinander herzustellen — ich kann eine Verständigung nicht zu Stande bringen.

(Die Wahlen und der „Wille der Nation“.)

Der Herr Vorredner sagt ferner:

Wir sind fest und einig, weil unsere Wähler es sind; die Mehrheit in den Fraktionen ist nicht bestimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt.

Ja, meine Herren, wie denkt der Wahlkreis? Das ist sehr schwer zu bestimmen, dann müßte der ganze Kaukus — die ganze Kaukuserfindung ist es ja, was jetzt die englischen Wahlen beherrscht und in unseren Wahlen mehr und mehr herrschend wird — da bildet sich eine Assoziation, die die Fäden der Presse, des Vereinswesens und der Korrespondenz dergestalt in den Händen hat, daß es in jedem Wahlzentrum eine Anzahl von Vertrauensmännern und Organen giebt, die von demselben Hauptzentrum bedient und geleitet werden, und wo sofort per Telegraph die Parole ausgegeben werden kann, und wenn in irgend einer Stadt — ich will jetzt einmal von England sprechen — also von 30 bis 40 Kaukasassoziierten eine Parole, ein Name ausgegeben wird und Jeder für einen Einfaltspinsel und Feind gehalten wird, der etwas Anderes will, dann sind 40 Menschen, wo außer ihnen sich keine drei gegenseitig verständigt haben, ein ganz kompaktes Bataillon die ergreifen nun Besitz von der Position, mehrten sich schnell, und man getraut sich schwer, gegen sie aufzukommen, es ist gewissermaßen eine Besatzungstruppe, die in jeder Wahlfestung von einer bestimmten Partei unterhalten wird, und mit der man durch Telegraphen und Presse in Verbindung steht, und die sofort im Stande ist, sobald der Wahl-Kriegszustand in diesen Wahlorten erklärt wird, 40 oder 100 Mann stark geschlossen, nach einem bestimmten Befehl laut und sicher aufzutreten. Mit diesen Kaukus-Stimmen, wer das kennt, der lacht darüber, wenn er nachher von dem Willen der Nation, von den Stimmungen in den Wahlkreisen hört, nur ein Kaukus-Assozié wird unter Umständen den anderen aus dem Sattel heben, und dieses aus dem Sattelsitzen des Gemäßigten durch den Weitergehenden liegt in der natürlichen Entwicklung der Zukunft.

Also wenn der Herr Abg. Bamberger z. B. hier im Namen der Nation sprach, wenn der Herr Abgeordnete Richter sagte, das Volk selbst schließt sich immer mehr zusammen zu einem Ring, so möchte ich doch die Frage stellen, was hat denn der Herr Abgeordnete Bamberger für ein Recht, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, und was hat der Abgeordnete Richter mehr Recht wie ich, im Namen der deutschen Nation zu sprechen? Den Herrn Abgeordneten Bamberger möchte ich bitten, einmal einen Rückblick auf unsere Vergangenheit zu werfen. Wir sind Beide, ich im Jahre 1847 und er im Jahre 1848 in die Öffentlichkeit der Politik getreten. Ich will die Thür, durch die wir eintraten, hier ganz außer Betracht lassen, ich rechte mit der Vergangenheit nicht. Seitdem hat der Herr Abgeordnete einen erheblichen Theil seiner Vergangenheit in Paris zugebracht. Soviel ich weiß, liegt seine Auffassungsweise noch mehr domicilirt in

jener großen Hauptstadt an der Seine, wie bei uns; der Herr Abg. Bamberger würde, wenn das in Frankreich zulässig wäre, jedenfalls sujet mixte sein. Und was hat der Herr Abg. Bamberger in der Zeit praktisch zur Förderung unseres Nationallebens überhaupt gethan? Blicken wir auf die 30 Jahre zurück, was der Herr Abg. Bamberger seitdem gesprochen und geschrieben hat, und was ich seitdem geleistet habe, und und dann glaube ich, werden Sie finden, ich bin berechtigt zu der Behauptung, daß ich, der deutsche Reichskanzler, der ich nach dem Willen des Kaisers bin, mehr Recht habe, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, als Herr Bamberger. Wenn ich nicht durch meine Eigenschaft als Mitglied des Bundesrathes behindert wäre, so zweifle ich nicht, daß mir ein Wahlkreis in diesem Lande eröffnet würde und daß ich dann gerade im Namen der deutschen Nation und des Wahlkreises sprechen könnte.

Jetzt, wo ich blos den Kaiser, meinen Herrn, und die verbündeten Regierungen und, wie ich glaube, eine gewisse Sympathie, deren Theilnehmerzahl nach Köpfen doch stärker ist, als die Majorität, die der Herr Abgeordnete Bamberger bei der Wahl gehabt hat — wenn wir alle die auszählen könnten, die ich für mich hätte, so glaube ich doch, daß ich mehr Anspruch darauf habe, mich für einen Vertreter, ich will nicht sagen, für den Vertreter der deutschen Nation zu halten als Jemand, der mit einer schwachen Majorität aus irgend einem Wahlkreis hervorgegangen ist. Wenn ich der deutschen Nation widerstrebe, dann wäre ich nicht so lange in dieser Stellung, es würde mich wie der Sturmwind hinwegwehen haben. Also diesen meinen Anhalt am deutschen Volke wird mir der Herr Abgeordnete Bamberger nicht nehmen, und sein Baum auf dem Boden wächst nicht an die erste Zweigtheilung des meinigen heran.

Der Herr Abg. Richter hat ferner gesagt: „uns fesselt wahrlich nicht Ehrgeiz an diesen Platz; es giebt Viele, die in ihrem Verufe schwere Opfer bringen.“ Findet das nun Anwendung auf alle diejenigen, deren Beruf hauptsächlich in der Thätigkeit in der Presse besteht? Von Denen befreite ich, daß sie irgend ein Opfer bringen; im Gegentheil, je länger die Sitzung dauert, und je lebhafter sie daran theilhaftig sind, desto mehr sind sie in der Lage, sich zugleich mit ihrem Beruf zu befassen und ihn mit mehr Erfolg, mit verdoppelten Kräften und verstärktem Kapital zu betreiben. Allerdings für eine große Anzahl unter uns, für alle diejenigen, die auch dann noch, wenn sie aufhören, Abgeordnete zu sein, Geschäfte haben, die ihnen am Herzen liegen, die zur Erhaltung ihres Lebensstandes erforderlich sind — für die ist es außerordentlich hart, es ist ein großes Opfer, und ich bedauere, daß wir genöthigt sind, das zu fordern. Wir würden es in viel geringerem Maße fordern, wenn wir etwas mehr — ich will nicht sagen — Entgegenkommen, sondern etwas mehr Offenheit, Aufrichtigkeit und Schnelligkeit im Arbeiten fänden, daß man uns einfach Ja oder Nein sagt, zu früherer Zeit, daß man uns nicht hinhalten möge, durch die Thatsache, daß man statt der Vorlagen immer das Ministerium persönlich bekämpft, ohne es vor einer großen Anzahl der Wähler offen eingestehen zu wollen. Es wird

3. Beilage zu Nr. 27 des Oelser Kreisblattes.

keine Rede gehalten, auch selbst von dem Herrn Abg. Bamberger nicht, wo nicht am Schluß eine Anerkennung für mich kommt über meine außerordentlichen Verdienste; das glaubt er seinen Wählern schuldig zu sein. Aber dann kann er um so schärfer und mit um so giftigeren Pfeilen mich angreifen; denn er ist ja mein Freund, mein Bewunderer. Er hat ein Buch über mich geschrieben, im Jahre 1867, auf das ich stolz bin. Also er ist vielmehr in der Lage, von dieser Stellung aus mich herabzusetzen in der Öffentlichkeit, indem er immer sagen kann: ich erkenne ja seine Verdienste an. Aber hier findet wirklich das statt, was der Herr Abg. Richter an irgend einer Stelle, die ich nicht finde, gesagt hat, ich sollte einmal behauptet haben, daß man wahnsinnig sein müsse, um das Geld — (Zuruf links: Minister Lucius!) — oder Minister Lucius, nun gut, das ist mein College. Aber vergewärtigen sich denn die Herren nicht, daß, wenn Sie das au pied de la lettre (im eigentlichen Sinne des Wortes) nehmen, da die Zustimmung der Abgeordneten zur geschehenen Verwendung vorliegt, daß Sie damit denselben Vorwurf der Geisteskrankheit auf die Majorität werfen, die dieser Verwendung zugestimmt hat? Das kann unmöglich in Ihrer Absicht liegen. Herr Lucius kann nur Verwendungen gemeint haben, die willkürlich gemacht würden, ohne Zustimmung gemacht wurden. Bloße Vorschläge, bloße Einwilligung in die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über die Verwendung der Gelder können mit dem Worte unmöglich gemeint sein.

(Absolutismus und Patriotismus.) Der Herr Abg. Richter hat ferner gesagt, ich hätte die Sprache des Absolutismus gesprochen. Ja, meine Herren, das ist nicht zutreffend; aber ich würde, wie ich schon bei früheren Gelegenheiten gesagt habe, keinen Augenblick anstehen, die Sprache des Absolutismus zu reden, wenn ich mich überzeugen müßte — wovon ich bisher nicht überzeugt bin — daß Absolutismus und Patriotismus übereinstimmend sind, daß die deutsche Nationalität, die deutsche Unabhängigkeit nach Außen und nach Innen Schutz und Würdigung nur bei den Dynastien findet, und namentlich bei meinem Herrn, dem Könige von Preußen — kurz und gut, wenn ich optiren müßte zwischen meinem Vaterlande und der parlamentarischen Majorität, so kann meine Wahl niemals zweifelhaft sein. Ganz abgesehen davon — so weit wie ich es hier ausspreche, glaube ich es jedem zum Muster empfehlen zu können, daß er zwischen Patriotismus und Liberalismus nie zweifelhaft sein sollte in der Wahl — wenn ich in meinem innersten Gefühl unter Umständen noch weiter gehe und wenn ich entschlossen bin, selbst mit einem Unrecht habenden Monarchen, wenn er mein angestammter Herr ist, auch dann zu Grunde zu gehen, wenn er im Unrecht ist — das ist meine ganz persönliche Liebhaberei, die will ich Niemand empfehlen. Ich vertrete auch amtlich die Sache nur so weit, daß ich sage, es ist traurig genug, wenn in der Ueberzeugung eines Mannes, der so in Geschäften steckt wie ich, und der, wie ich glaube, ein ruhiges Urtheil darüber sich bewahrt hat, schließ-

lich die Worte „Absolutismus“ und „Patriotismus“ näher verwandt werden, als verfassungsmäßig wünschenswerth ist.

(Die Liberalen und die deutsche Frage.) Der Herr Abgeordnete sagt schließlich: „Da war es die Nation, da waren es Männer auf der liberalen Seite zumeist, die im Widerspruch mit den Dynastien den deutschen Gedanken lebendig erhielten“. Ja, meine Herren, lebendig erhielten wie im Käfig, wie man einen Vogel, einen Spatz im Käfig hält oder einen Papagei. Man hat darüber gesungen, Schützen- und Turnfeste gehalten, so war der Gedanke lebendig. Wer aber hat für den Gedanken gewirkt und gearbeitet, wer hat den Entschluß gehabt so wie ich — ich habe es schon einmal auf dieser Stelle gesagt — so wie ich es im Jahre 1862 gethan habe, daß ich meine ganze Lebenszeit und nach den Behauptungen der damaligen fortschrittlichen Blätter vielleicht meinen Kopf — es gingen die Redensarten von Straßford und Bismarck — einsetzte, um die Möglichkeit zu haben, die Zustimmung des Königs von Preußen zu einer nationalen deutschen Politik zu gewinnen? Und auf der anderen Seite wollte ich meinem Herrn, der sagte: ich weiß Niemand, wollen Sie mir auf jede Gefahr hin dienen, meine Dienste nicht versagen. Ich habe damals Mitwirkung gesucht, ich habe Vertreter gesucht, ich fand keine. Warum haben die Herren, die den deutschen Gedanken so tief im Herzen trugen und von Geburt an gepflegt und gehegt haben, aber heimlich, recht heimlich, ohne etwas dafür zu riskiren, warum sind sie damals nicht hervorgetreten? Was haben sie riskirt? (Ruf: Gefängniß, Alles!) Das war wohl nicht für den nationalen Gedanken, das wird wohl andere Gründe gehabt haben. Ich will Niemand Unrecht thun, ich weiß Solche, die wirklich für den nationalen Gedanken gelitten haben, man braucht nur an die Burschenschaft zu denken, und Einige, die in irrthümlicher Auffassung der Mittel, weil ihnen das Verständniß für die politische Situation fehlte, anstatt zu suchen, eine hinreichende Armee in Deutschland zu schaffen, dieses Mittel in ihrer schwachen Faust und auf der Barrikade suchten. Das kann Jedem passiren, und für die habe ich keine Manciéne, die habe ich nicht nennen wollen, ich bedauere, daß ihnen das Unglück passirt ist. Aber ich habe eine sehr angenehme Stellung vollständig aufs Spiel gesetzt, und wenn beispielsweise die innere Campagne gegenüber der Fortschrittspartei mißglückt wäre, wenn man mich fallen ließ, ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Das hatte man mir jedenfalls zugesichert, daß von meinem Vermögen nichts übrig bleiben würde, man hatte sogar mit Zuchthausstrafe gedroht. Das ist die Aussicht, die mir in fortschrittlichen Blättern gestellt wurde. Aber nehmen Sie blos an, wenn wir im Kriege Unglück gehabt hätten; außer mir hat Niemand riskirt, einen Krieg zu fördern, aus dem er nicht kommen durfte, wenn der Krieg fehlschlug, und das hing nicht von mir ab, ob er fehlschlug. Ich bin sehr selten geneigt gewesen, eine oratio pro domo zu halten; aber wenn der Herr

Abgeordnete Richter mir gegenüber als Rivale in den Verdiensten für Schaffung des Deutschen Reichs und des nationalen Gedankens auftreten will, da muß auch ich in dem Sinne sprechen und ihm einfach sagen: da kommen Sie nicht mit mir mit.

(Im ferneren Verlauf derselben Sitzung des Reichstags bemerkte noch der Reichskanzler:)

Ich will gegenüber der Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter, daß in Amerika kein Kornzoll existierte, anführen, daß ich mir inzwischen den amerikanischen Tarif habe geben lassen, und derselbe enthält unter Roggen den Satz: per Bushel 15 Cent, das ist etwa am Roggen berechnet meiner Annahme nach 50 Pfund, das macht also auf den Centner 30 Cent. 30 Cent sind etwa ein Drittel eines Dollars, der hat etwa 4 Mark und etwas darüber, also es ist der Schutz Zoll, der auf Roggen in Amerika lastet, mehr wie eine Mark per Centner gegen unsere halbe Mark, und der Abg. Richter wird mir darnach zugeben, daß er irrtümlich seine Behauptung aufgestellt hat.

Dann unter Weizen steht: per Bushel 20 Cent, das macht nach meiner Rechnung auf den Doppelcentner Weizen etwa 3,15 Mark, also auf den einfachen 1,62 Mark. Ich habe also vollständig Recht gehabt, zu behaupten, daß in Amerika der Schutz Zoll erheblich höher ist wie bei uns, und der Abg. Richter wird vielleicht selbst Neigung haben, seine Angabe zu berichtigen.

Die Klassensteuer.

1.

Die Staatsregierung wendet den Mißständen, welche mit der Klassensteuer seit ihrer Einführung im Jahre 1820 und nach ihrer Reform im Jahre 1873 sich immer drückender verbunden haben, eine unablässige Aufmerksamkeit zu und ist mit der Erwägung ernstlich beschäftigt, ob die Aufhebung der Klassensteuer, mindestens theilweise, vom Staatswohl erheischt werde. Seitdem diese Frage, namentlich durch die nachdrücklichen Erklärungen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten im Reichstag und Landtag, auch der öffentlichen Meinung vorgelegt worden, erheben sich plötzlich von vielen Seiten Lobredner der Klassensteuer, die man lange Zeit als ein hartes Opfer betrachtet hatte, wie es nur ein Staat von seinen Angehörigen fordern könne, der nach so schweren Schlägen, wie die Leidensjahre von 1807 bis 1813 sie gebracht, um jeden Preis entschlossen ist, seine Finanzen vollkommen und ohne Verzug wieder zu ordnen.

Mit einer Sicherheit, die einen Kundigen in Verwirrung bringen könnte, wird die Klassensteuer plötzlich für eine altpreussische Einrichtung ausgegeben, für den zum organischen Gleichgewicht unentbehrlichen Theil eines Steuersystems, in welchem Zölle, indirekte und direkte Steuern auf das beste gegen einander abgewogen gewesen.

Wer die Geschichte der preussischen Steuer- verfassung auch nur oberflächlich kennt, weiß nun freilich, daß von dem Zeitpunkte, in welchem der eigentliche preussische Staat und überhaupt die moderne Epoche des Staatslebens beginnt, seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts nämlich, eine immer

weiter getriebene Entwicklung des indirekten Steuer- systems stattgefunden hat, und daß man der Aus- bildung dieses Systems in den maßgebenden Kreisen der preussischen Staatsverwaltung noch in den ersten zwei Jahrzehnten unseres Jahrhunderts einstimmig die Größe des alten Preussens zuschrieb. Hatte doch die mittelalterliche Heeresverfassung auf den Leistungen des Grundbesitzes beruht; war es nach dem Verfall dieser Verfassung die Ausbildung der indirekten Steuern gewesen, welche dem verhältnißmäßig kleinen preussischen Staat die Erhaltung von Heeren gestattete, mit denen er die Stellung einer Großmacht erringen konnte.

Nun war freilich die Entwicklung des indirekten Steuersystems unter den wirtschaftlichen und administrativen Bedingungen, wie sie in Preußen bis zu dem Anfang dieses Jahrhunderts bestanden, eine schädliche geworden. Es seien nur die beiden Umstände erwähnt, daß man der Natur der damaligen Steuern nach dieselben an den Thoren der Städte erhob und damit dem inneren Verkehr eine immer hemmendere Belästigung auflegte; daß man den Gewerbebetrieb auf dem Lande bis auf wenige Ausnahmen, wie das Mühlengewerbe, untersagen mußte, um den Ausgang der Artikel ebenso an den Stadthoren kontrolliren zu können, wie den Eingang der Produkte des Landes. Außerdem war man bei dem immer noch zu geringen Ertrag dieser Steuern, der wieder eine Folge der zu wenig entwickelten Produktion war, in die Unmöglich- keit versetzt, sich auf einige Hauptartikel zu beschränken, und war in Folge dessen dahin getrieben worden, jeden großen oder kleinen Artikel von seiner Entstehung bis zu seinem Verschwinden in der Konsumtion durch alle Stadien der Verarbeitung und des Verkehrs ver- folgen und besteuern zu wollen. Daß dieses System reformirt werden müsse, wurde von den preussischen Staatsmännern bereits in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts mit voller Deutlichkeit erkannt, und man war mit der Reform beschäftigt, als die Katastrophe von 1806 den Staat ereilte. Bei den die natürlichen Kräfte des Staats ganz unverhältniß- mäßig übersteigenden Opfern, welche der Sieger auf- erlegte, konnte es sich einige Jahre lang fast nur um temporäre Auskunfts Mittel handeln. Im Jahre 1812 griff man auch zu einer allgemeinen Ein- kommensteuer, die aber nur zwei Jahre bestand und Erfahrungen lieferte, welche den leitenden Staats- männern eine unüberwindliche Abneigung gegen diese Steuer einflößten, die bei der Reorganisation des Steuersystems maßgebend blieb und erst nach einem Menschenalter unter gänzlich veränderten Verhältnissen, aber auch da nur innerhalb gewisser Grenzen über- wunden wurde.

Die Arbeit der Reorganisation des preussischen Steuersystems, nachdem es in der Form, in welcher es bis 1806 bestanden, unhaltbar geworden, zieht sich durch die Jahre von 1808 bis 1820. An einen ab- schließenden Plan konnte man erst denken, nachdem der Friede und die neue äußere Gestaltung des Staa- tes gesichert waren. Die peinliche Gewissenhaftigkeit und umfassende Gründlichkeit, beide von staatsmänni- schem Geist erfüllt, mit denen nummehr die verschiede- nen Entwürfe ausgedacht und gegen einander abge- wogen wurden, wird stets ein Ruhm des preussischen

Staats und eine Quelle der Belehrung von unvergänglichem Werth für die nachfolgenden Generationen bleiben. Aus dieser, unter einem fortwährenden lebhaften und tiefen Meinungskampfe sich vollziehenden Arbeit ist allerdings die Klassensteuer als ein Bestandtheil des endlich adoptirten Steuerhystems hervorgegangen.

Aber mit Unrecht wird behauptet, daß sie einen organischen Theil des Systems gebildet habe; denn ihre Aufnahme geschah in Folge eines Kompromisses, unter allseitiger Anerkennung, daß man einer harten Nothwendigkeit nachgebe, und unter dem dringlichen Anspruch der Gegner, welche die Einführung bekämpft hatten, daß man, sobald die Möglichkeit sich darbiete, für diese Steuer einen bessern Ersatz suchen müsse. Zu diesen Gegnern gehörte im Staatsrath vom Jahre 1820 der damalige Prinz Wilhelm, unser jetziger Kaiser. So viel hätte es also auf sich mit der Behauptung, daß die Klassensteuer eine altpreussische Einrichtung sei. Wenn dies wahr sein soll, so muß man das altpreussische Staatswesen vom Jahre 1820 datiren. Aber nicht minder falsch wäre die Behauptung, daß die Klassensteuer den organischen Theil eines einheitlichen Planes gebildet habe, welcher der großen Reformarbeit zu Grunde gelegen, die die Wafen des neuen preussischen Staates geschaffen.

Vor allen Dingen muß nun weiter die Thatsache betont werden, daß die heutige Klassensteuer nicht mehr die Steuer von 1820 ist, sondern etwas, worin die damaligen Staatsmänner ihren Gedanken keineswegs erkennen würden. Die Klassensteuer von 1820 umfaßte alle Staatsbürger, die in fünf Stufen getheilt waren, bei deren Abmessung man aber mit klarer Absicht und bewußtem Ernst den Maßstab des Einkommens vermieden hatte. Im Jahre 1851 wurde eine nach dem Maßstab des Einkommens klassificirte Steuer auf die Staatsangehörigen gelegt, deren Jahreseinkommen über 1000 Thaler betrug. Der Klassensteuer blieben die Staatsangehörigen mit einem Jahreseinkommen bis 1000 Thaler unterworfen. Die Klassensteuer wurde von nun an in drei Stufen, welche im Unterschied von der Einkommensteuer auch jetzt nicht nach dem Einkommen gegliedert waren, erhoben. Erst seit der gleichzeitigen Reform der klassificirten Einkommensteuer und der Klassensteuer im Jahre 1873 ist das Einkommen der allgemeine Maßstab der Einschätzung der persönlichen direkten Personalsteuer geworden.

Ein weiterer sehr eingreifender Unterschied der heutigen Klassensteuer von der von 1820 ist, daß man von der früheren Klassensteuer überzeugt war, sie in den größeren Städten nicht einführen zu können. Man gründete diese Unthunlichkeit auf sehr mannigfaltige Erwägungen, von denen die folgende in einem Gutachten der unterm 12. Februar 1820 angeordneten Staatsrathskommission enthalten ist: „Vornehmlich aber steht jeder allgemeinen Personensteuer entgegen, daß ihre Hebung in den großen Städten fast unmöglich wird, worin so viele Menschen von dem Erwerbe des Augenblicks leben und es unaufhörlich auf Ausspändung ankommen lassen würden, wenn sie direkte Steuern tragen sollten.“ Daher führte man als Ergänzung neben der Klassensteuer in den größeren

Städten die Mahl- und Schlachtsteuer ein. Mit der Reform der Klassensteuer im Jahre 1873 ist nicht nur der Maßstab der früheren Abstufung verlassen, sondern auch die Mahl- und Schlachtsteuer als Staatsaufgabe allgemein beseitigt worden, den Städten ist nur noch fakultativ das Recht verblieben, die Schlachtsteuer als Kommunalabgabe einzuführen.

Den dritten Unterschied der jetzigen Klassensteuer bilden die Kommunalzuschläge, welche in immer wachsender Höhe auf eine Steuer gelegt werden mußten, die in der Regel bereits das Maximum der Leistungsfähigkeit des Besteuernten beansprucht.

So hat man heute statt der Klassensteuer von 1820 oder 1851 eine Steuer, welche den Maßstab des Einkommens bei einer Schicht der Bevölkerung anlegen und ermitteln soll, wo auch die Urheber des Gesetzes von 1851 diesen Maßstab für unzulässig hielten, dessen Unanwendbarkeit seitdem aber durch die große Veränderung aller Erwerbsverhältnisse noch in ungeahntem Maße gewachsen ist. So hat man statt der Klassensteuer von 1820 oder 1851 eine Steuer, welche auf die größten Städte ausgedehnt ist, wo die Urheber der älteren Gesetze ihre Anwendung nur mit Nachtheilen für durchführbar erklärten. So haben wir statt der Klassensteuer von 1820 oder 1851 eine Steuer, welche neben den sonst hinzugekommenen Uebelständen durch die unvermeidlich gewordenen Kommunalzuschläge auf gewissen Stufen den Charakter einer drückenden Auflage erhalten hat.

Das ist also die angeblich altpreussische Einrichtung!

Eine Einrichtung, welche der Epoche des Staates, die man so bezeichnen kann, überhaupt nicht angehört; welche durch die Reformepoche, in der die Grundlagen des neuen Preußens geschaffen wurden, in einer weit minder lästigen Form als der heutigen und unter schwer überwundenen Bedenken angenommen wurde, die sich heute tausendfach steigern müssen.

Unser Kaiser, der sich fortdauernd des besten Wohlbefindens erfreut, jetzt die Kur in Ems regelmäßig fort und macht trotz des ungünstigen Wetters häufig Spaziergänge im Kurgarten.

Mittwoch (21. Juni) machte Ihre Majestät die Kaiserin, deren Wohlbefinden gleichfalls ein vorzügliches ist, von Koblenz aus zu Wagen dem Kaiser einen mehrstündigen Besuch, welchen Se. Majestät am Dienstag (27.), als am Jahrestage der von der Kaiserin im vorigen Jahre glücklich überstandenen Operation, gleichfalls zu Wagen erwiderte.

Am Sonntag (25.) wohnte der Kaiser auf der Veranda des Kurpaales zu Ems einem großen Ruderfeste bei.

Unser Kronprinz empfing am Montag (26.) in Gegenwart des türkischen Botschafters die nach Berlin entsendete Großherrlich türkische Deputation und nahm ein von dem General-Adjutanten, von Drygalski-Pascha, überreichtes Handschreiben des Sultans entgegen. Hierauf fand bei den Kronprinzlichen Herrschaften zu Ehren der Deputation im Musiksaale des Neuen Palais ein größeres Mittagsmahl statt.

Nur bei regelmäßiger Verdauung und Ernährung ist der Mensch gesund und beseitigt man Störungen derselben, wie Bleichsucht, Blutarmuth, nur mit Apotheker N. Brandt's Schweizerpillen, welche sich für diese Zwecke als das gezeichnete Mittel erwiesen haben. Ausführliche Prospekte mit den ärztlichen

Urtheilen sind gratis, sowie die ächten Apotheker N. Brandt's Schweizerpillen per Schachtel Mk. 1.— erhältlich in den Apotheken zu Ostrowo, Rawitsch, Krotoschin. Ärztliche Atteste überläßt gratis P. Dehltrug in Dels.

Kirchliche Nachrichten.

Am 4. Sonntage nach Trinitatis predigen in der Schloß- und Pfarrkirche:
*) Frühpredigt 6 Uhr: Herr Superintendent Ueberföhr.

*) Antspredigt 9 Uhr: Herr Diak. Krebs. (Wache'sche Stiftspredigt.)

*) Nachmittagspredigt 1½ Uhr: Herr Propst Thielmann.

Beichte früh ¼ 9 Uhr: Herr Propst Thielmann.

Wochenpredigt:

Donnerstag, den 6. Juli, Vorm. 8½ Uhr: Herr Superintendent Ueberföhr.

Montag, den 3. Juli, Abends 7 Uhr, Missionsstunde in der St. Salvatorkirche: Herr Superintendent Ueberföhr.

Amtswoche: Herr Propst Thielmann.

*) Collecte für die kirchliche Armenpflege.

Mark 500.

Eine höchst wichtige Erfindung hat der Chemiker Legrand gemacht.

Es ist dieses eine Hühneraugen-Tinktur, welche in 3 Tagen, ohne den geringsten Schmerz, jedes Hühnerauge mit der Wurzel dauernd beseitigt, wofür Erfinder insofern garantirt, als er demjenigen, welcher nach dem Gebrauche dieser Tinktur noch Hühneraugen hat, eine Prämie von Mark 500 baar ausbezahlt. Mit Recht kann behauptet werden, daß dies das einzige Mittel ist, welches einen sichern Erfolg hat. Preis per Flacon incl. Pinsel und Gebrauchsanweisung Mark 1.50 — gegen Post-einzahlung oder Nachnahme.

Man echt zu haben beim Erfinder: Chemiker Legrand, Cöln a./Rh., Eigelstein Nr. 61.

Tanz-Erlaubnißbücher

empfehl't A. Ludwig's Buchdruckerei.

Marktpreis der Stadt Breslau

vom 28. Juni 1882.

	Mk.	g.	Mk.	g.	Mk.	g.
Weizen, weißer .	22	10	21	60	19	10
Weizen, gelber .	21	70	21	20	19	—
Roggen . . .	15	20	14	70	13	20
Gerste . . .	14	80	12	60	11	10
Hafer . . .	14	50	13	70	12	50
Erbsen . . .	17	—	15	80	13	—

Stroh, per 600 Kilogramm 27.00—28.00 M.

Heu per 50 Kilogramm 3.40—3.60 Mark.

Lupinen, per 100 Kilogramm gelbe 13.00—14.00—15.80 Mark, blaue 12.80—13.80—14.80 Mark.

Rundlaugpreis für Spiritus 45.30 Mark.

Mehl, per 100 Kilogramm Weizen: fein

30.50—31.25 Mark. Roggen Hausbuden

22.00—22.50 Mark. Roggen-Futtermehl

10.25—11.00. Weizenkleie 9.30—9.50 Mark.

Preußische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin.

Grund-Kapital: Drei Millionen Mark.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir dem Herrn Kaufmann

S. Efrem zu Bernstadt i./Schl.

die Agentur obiger Gesellschaft übertragen haben.

Breslau, im Juni 1882.

Die General-Agentur für die Provinz Schlesiens.

Ruffer & Co.

Bezugnehmend auf obige Bekanntmachung bin ich zu jeder Auskunft und zur persönlichen Aufnahme von Versicherungs-Anträgen stets bereit, und erlaube mir, obige Gesellschaft zur Versicherungsnahme aufs beste zu empfehlen.

Die Gesellschaft versichert Mobiliar, Immobilien, Vorräthe, Ernte in Gebäuden und Schubern, sowie Vieh zu festen Prämien unter den günstigsten Bedingungen gegen Feuers- und Explosionsgefahr. Nachschüsse werden niemals erhoben. Die eingegangenen Verbindlichkeiten werden aufs prompteste und gewissenhafteste erfüllt.

Bernstadt i./Schl., im Juni 1882.

S. Efrem.

Silesia, Verein chemischer Fabriken

zu Saaran (Stat. d. Bresl.-Freib. Bahn), Breslau (Schweid. Stadtgr. 12) und Merzdorf (an der Schlej. Geb.-B.)

Unter Gehalts-Garantie offeriren wir unsere bekannten Dünger-Präparate, sowie die sonstigen, angabaren Düngemittel.

Proben und Preis-Courants auf Verlangen franco.

Aufträge zu Fabrikpreisen übernimmt Herr C. T. Bräuer in Oels.

Dachpappen in Rollen und Tafeln, Deckpapier, Holz-Cement, Dachlath, Dichtungs-Massiermasse (für schadhafte Pappdächer), Zheer, Pech, Nägel, Dachleisten etc.

aus der Fabrik des Herrn

Richard Vetter in Breslau

empfehl't zu Fabrikpreisen

Carl Philipp junior,

Herrenstraße 2.

I^a. Baumwollsaatkuchen und

I^a. Erdnusskuchen-Mehl

offerire ich zur baldigen, sowie zur Herbstlieferung ab meinem Lager in Dels oder frei jeder Bahnstation.

Nähere Auskunft ertheilt Herr C. B. Oelsner in Dels und

Max Birkenfeld, Breslau,

Gartenstraße Nr. 23b.